

# Alles schon vergessen?

Auseinandersetzung mit Beiträgen des

## **P.T. Magazins**

Ausgabe 1/2009 und 6/2008

Redaktion: Anette Runge, Dr. Helfried Schmidt und Ullrich Rothe

[www.pt-magazin.de](http://www.pt-magazin.de)

von

Tristan Abromeit

[www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de)

Text 68.0

Januar 2009

Kürzlich kam mir die Ausgabe 1/2009 der Zeitschrift *Humane Wirtschaft* ins Haus. Der Haupttitel lautet „Von den blinden Flecken der Volkswirtschaftslehre“. In einer Karikatur wird die Wirtschaftswissenschaft als ein Weissager dargestellt. (Siehe [www.humane-wirtschaft.de](http://www.humane-wirtschaft.de)) Vom Flughafen Hannover in Langenhagen habe ich mir die Druckausgabe (1.Quartal 2009) der Online- Zeitschrift *Hintergrund* mitgebracht. Der Haupttitel lautet „Die Krise – Hintergründe Abgründe Auswege“ (Siehe [www.hintergrund.de](http://www.hintergrund.de)). Ich habe die Beiträge dieser Zeitschriften noch nicht richtig zur Kenntnis genommen, da kommt mir gestern mit der Post die neue Ausgabe (1/2009) des *P.T. Magazins* ins Haus. (Siehe: [www.pt-magazin.de](http://www.pt-magazin.de)) Der Haupttitel: „Alles schon vergessen? / Wenn 40 Jahre DDR nicht reichen: Verstaatlichung heißt Mangelwirtschaft!“ Man sieht also, auch die Zeitschriftenredaktionen reagieren synchron aber unterschiedlich auf die ökonomischen Bedrohungen. Sinnvoller ist es natürlich, sich dem Feuerschutz zu widmen, bevor das Haus brennt. Aber wie es so ist, in der Regel kümmert man sich um den Feuerschutz erst dann, wenn es schon brennt, weil man das Feuer im eigenen Haus für unwahrscheinlich hält. Weil es nun aber mal wieder im ökonomischen Haus brennt, ist trotzdem eine Aufklärung über die Ursachen und den Verlauf des Feuers angesagt, damit der Schaden lokal begrenzt werden kann und wir das nächste Mal besser vorbereitet sind.

Ich spüre auf den Seiten des P.T.Magazins durchaus diesen Willen zur Aufklärung, wenn mir manchmal bei dem Konzept der Zeitschrift auch der Geruch einer Mittelstandsideologie in die Nase kommt. Aufklärung kann man visuell am besten erfahren, wenn sich der Nebel, in dem ein Gewässer oder eine Landschaft liegt, lichtet. Man sieht plötzlich wieder klar. In der Berichterstattung gibt es aber manchmal Beiträge, die eine klare Sicht schaffen sollen und doch nur weiteren Nebel erzeugen. Dahinter steckt im Regelfall keine böse Absicht, sondern nur die Verwendung unklarer oder falsch angewendeter Begriffe. Helfried Schmidt bewertet in seinem Einführungsbeitrag „Entschuldigung“ (2/2009) die Geschichte von Meinrad Müller mit seiner Alpenland GmbH mit: „Das ist Kapitalismus.“ Dieses Urteil ist nicht richtig. Es müßte heißen „Das ist Marktwirtschaft!“ Ein Beispiel für „Das ist Kapitalismus!“ wäre gewesen, wenn geschildert worden wäre, daß der Alpenland-Müller die Millionen DM vom Kreditgeber nur bekommen hat, weil er sich unabhängig vom Erfolg seiner Geschäftsidee verpflichtet hätte, den geforderten Zins von x % zu zahlen. (Die Sicherheitenstellung berührt thematisch sowohl den Kapitalismus wie auch die Marktwirtschaft.) Worauf ich hinaus will: Die synonyme Verwendung der Begriffe Marktwirtschaft und Kapitalismus führt nicht zur Aufklärung sondern nur zur weiteren Verwirrung. Die Marxisten verwenden die Gleichsetzung dieser Begriffe, weil sie aus theoretischen Gründen nicht eingestehen können, daß die Marktwirt-

schaft der Zentralverwaltungswirtschaft (Walter Eucken) überlegen ist, den Kapitalismusbegriff also verwenden, um die Marktwirtschaft herabzusetzen. Die konservativen Unternehmer, Wirtschaftspolitiker und -wissenschaftler benutzen die Gleichsetzung dieser Begriffe entweder gedankenlos oder um mit den positiven Eigenschaften der Marktwirtschaft die negativen Wirkungen des Kapitalismus zu vertuschen.

Erfreut war ich dann, daß in dem Beitrag „Zeit zur Besinnung“ von Fredmund Malik den Lesern des P.T. Magazins *Wilhelm Röpke* vorgestellt wurde. Röpke ist in der Kleinstadt Schwarmstedt - nicht weit vom Steinhuder Meer, wo ich wohne – aufgewachsen. Wilhelm Röpke gehört wie Walter Eucken, Franz Böhm und Alexander Rüstow zu den Ordoliberalen oder Neoliberalen erster Prägung. („Erster Prägung“ deshalb, weil die Neoliberalen alter Schule mit den Neoliberalen der heutigen Zeit inhaltlich nicht identisch sind und in manchen Dingen im Gegensatz stehen.) Die Ordoliberalen haben mit den Vertretern der von Silvio Gesell begründeten Freiwirtschaftsschule in der Startzeit der BRD in der *Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM)* versucht, den Begriff *Soziale Marktwirtschaft* zu füllen. Neben der Verständigungsbereitschaft gab es damals auch zwischen den Akteuren ein Nichtverstehen. Bevor die Verständigungsschwierigkeiten überwunden waren, starben wesentliche Akteure auf beiden Seiten und es setzten sich jene Kräfte durch, die unter dem Begriff *Soziale Marktwirtschaft* dann dem Publikum Kapitalismus + zentralverwaltungswirtschaftliche soziale Absicherung verkauften. Die Protokolle der Gründungsveranstaltungen noch unter der Firmierung des *Freiwirtschaftsbundes* lauten „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“ (1951) und „Das Programm der Freiheit“ (1952). Den Verlauf der Geschichte mit der ASM kann in der Schrift „*Freiheit? - Die zentrale Frage im politischen Ringen um eine gerechte Sozialordnung*“ von Ernst Winkler nachgelesen werden. Ernst Winkler war einer der Akteure der Gründungszeit der ASM. Die Schrift ist unter dem Titel „Ordoliberalismus und Freiwirtschaft“ als Heft 273/4 der Zeitschrift „Fragen der Freiheit“ neu aufgelegt worden. (Siehe [www.sffo.de](http://www.sffo.de) )

Ich selber habe bereits 1980 in meiner Schrift „Der Dritte Weg – Die natürliche Wirtschaftsordnung“ auf Wilhelm Röpke hingewiesen. (Siehe [www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de) unter Texte / Arbeiten, Ziffer 2.0) Wenn Fredmund Malik in „Zeit zur Besinnung“ schreibt:

Die herrschende liberale Lehrmeinung richtet ihre Giftpfeile stets gegen den Staat und warnt zurecht vor den Gefahren des Kollektivismus. Kollektivistische

Tendenzen gibt es aber auch in der Wirtschaft. Freiheit entsteht nicht allein durch Privatisierung in einem machtfreien Raum, sondern nur dort, wo sich Macht und Gegenmacht die Waage halten. Staatliche und private Großorganisationen befördern gleichermaßen die Aushebelung persönlicher Freiheitsrechte.

so kann man sagen: Solche Gedanken konnte man schon 1970/71 in dem Buch „Die Welt wird jung / Der gewaltlose Aufstand der neuen Generation“ (Originaltitel: The Geening of Amerika) des us-amerikanischen Juristen Charles Reich lesen. Beispiel:

...

Aber diese Entwicklung bedeutete nicht nur den Sieg erfolgreicher Individuen über ihre Mitmenschen. Denn wir können erkennen, daß diese Machtübernahme auch ein Triumph persönlicher Mächte gewesen ist, der Organisation, der Kapazität, der technischen Planung, der Kräfte der modernen Rationalisierung und der wissenschaftlichen Betriebsführung. Ein Mann wie John D. Rockefeller war so unpersönlich wie eine mathematische Formel – er war der Apostel des Kollektivismus, der dem Individualismus in der Ölindustrie ein Ende bereitete und an dessen Stelle ein zentralisiertes, durchgeplantes anonymes Unternehmen setzte. Gewiß waren er und manche andere auch habgierig, ehrgeizig und unbarmherzig; doch wurden diese Eigenschaften – und mehr noch die persönliche Freibeuterei einzelner – durch eine noch viel weitergehende Hemmungslosigkeit der Zeit in den Schatten gestellt. In dem kalten und unbewegten Rockefeller, einem wahren Wissenschaftler des Geschäfts, kommen die damaligen Umwälzungen viel besser zum Ausdruck als in einem zum Millionär gewordenen Pionier, der sich seine Vitalität und seinen weitgehenden Irrationalismus bewahrt hatte. Der Sittenkodex, der Amerika veränderte, war in Wahrheit nicht der Grundsatz der Freibeuterei und der Habgier, sondern jener der Macht, der mit Unterdrückung und öffentlicher Ordnung verbunden war. Organisation und Durchschlagskraft unterdrückten Widersetzlichkeit und Undiszipliniertheit. Sie setzten eine technisch einwandfreie, unmenschliche Lenkung aller Dinge an die Stelle des individuellen und spontanen Lebens, das so typisch für das alte Amerika gewesen war. Es ist

- 35 -

angebracht, einmal festzuhalten, wer die wirklich sozialistischen, kollektivistischen, subversiven Elemente in Amerika gewesen sind, die Feinde amerikanischer Lebensart, die Verderber, die Zerstörer der Tradition und des amerikanischen Traums. Sie trugen keine Bärte, legten keine Bomben, sprachen keine ausländische Sprache und hatten keine Manifeste. Sie, diese Feinde der alten amerikanischen Ideale, trugen bedeutende Namen: Vanderbilt, Carnegie, Harriman, Ford. Ihre Marktausbeutung und ihre Technik beschnit-

ten die Demokratie, die individuelle Unabhängigkeit und das Glücksstreben und förderten ein System der Manager, eine Hierarchie der Macht und der Privilegien, welche die gemeinschaftlichen Werte durch den Erfolg und wissenschaftlich gesteuerte Unmenschlichkeit ersetzten.

Rückblickend kann man erkennen, daß den zu Beginn des neuen Zeitalters entstandenen Kräften potentiell die Möglichkeit innewohnte, all die verschiedenen Mißstände und Probleme zu schaffen, von denen wir heute heimgesucht werden: Zügellosigkeit und Aufruhr, weil die Fundamente der Gesellschaftsordnung zerstört waren; Zertrümmerung der Umwelt und der Kultur durch Ausbeutung; Bedrohung von Demokratie und Freiheit, weil der Mensch zum Objekt der unpersönlichen Herrschaft eines wirtschaftlich-technischen Netzwerkes geworden war; Verlust der Werte, da alle Werte der Manipulation ausgesetzt waren. Wenn die Amerikaner sich ihren Traum von der republikanischen Regierungsform mit persönlicher und wirtschaftlicher Unabhängigkeit und eine heile Umwelt hätten erhalten wollen, dann hätten sie die Kräfte, von denen sie bedroht waren, besser verstehen und etwas unternehmen müssen, um zu gewährleisten, daß diese Kräfte für und nicht gegen sie arbeiteten. ...

- 36 -

An Mahner und Warner fehlt es wohl nie. Aber es fehlt wohl zu allen Zeiten an Menschen, die zuhören und verstehen können und das Verstandene zur Handlungsmaxime machen. Das, was wir heute sozialökonomisch erleben, ist durch die Ignoranz der Elite der Wissenschaft, der Politik, der Gewerkschaften und der Unternehmerschaft vorbereitet worden und die Klärung der Probleme wird durch die gleichen „Seilschaften“ behindert. Es ist auch eine falsche Annahme, die Wirtschaftstheorie und -politik der alten BRD sei weniger von ideologischen Fehlschlüssen bestimmt gewesen als die der untergegangenen DDR. Das ordnungspolitisch Notwendige wurde und wird bei uns verdrängt oder verzerrt. In der Alt-BRD wurden Versuche von Arbeitnehmern, das in Konkurs gegangene Unternehmen ihrer Arbeitgeber als Genossenschaft weiterzuführen, durch die Politik und Arbeitgeberverbänden als „sozialistisch“ diffamiert und von den Gewerkschaften aus Angst vor Klientelverlusten gemieden. Dabei suchen sich die Akteure in einer wirklichen Marktwirtschaft selbst die juristische Form, von der sie glauben, daß sie ihr wirtschaftliches Optimum fördert. Leerformelhaft bekennen sich heute alle in den Parlamenten vertretenen Parteien zur Marktwirtschaft. Konkret sind sie aber alle Feinde der Marktwirtschaft, weil sie nicht willens und in der Lage sind, die Systemfehler zu erkennen und zu beseitigen, sondern diese nur – wie aktuell geschehen – durch weitere Feh-

ler, Rettungspakete genannt - zu vergrößern bzw. zu vertuschen.<sup>1</sup> Ich habe ungefähr ein Jahrzehnt in der FDP mitgearbeitet. Ich wurde mit meinem konsequent marktwirtschaftlichen Denken nur milde belächelt. Als ich die GRÜNEN mit gegründet habe, war die Dezentralität ein hoher Stellenwert. Es wurde von den Parlamenten der Betroffenen gesprochen. Ich habe versucht zu vermitteln, daß Parlamente der Betroffenen nur als privatrechtliche Einheiten im Sinn von Proudhons „sozial-republikanisch-föderativem Freiheitsbegriff“<sup>2</sup> zu verwirklichen seien, weil jegliche staatliche Normierung immer für alle gelten muß, also auch für die Nichtbetroffenen. Es war alles vergeblich. Unser heutiges Selektionssystem des politischen Führungspersonals, Volksvertreter genannt, beschert uns Staatsbesetzer, die wenig Sinn haben (oder systembedingt entwickeln können) für die Bedingungen, die den autonomen Bürger oder Vereinigungen autonomer Bürger ermöglichen.

Fredmund Malik hat völlig recht, wenn er Aussagen von Röpke verbindend sagt:

Echte Demokratie und Marktwirtschaft sind nur schwer zu realisieren, wenn der Prozess der Verringerung der Selbständigen nicht mit allen Kräften gebremst und sogar rückgängig gemacht werden kann.

Aber sowohl der Kapitalismus mit seinen Konzentrationsmechanismus und die Sucht der Politiker mit Hilfe des Staates die Menschen zu ihrem vermeintlichem Glück zu zwingen, stehen der von Malik formulierten Notwendigkeit entgegen. Ein Beispiel ist die jüngste staatliche Initiative zur Förderung von Betreuungsstätten für Kleinkinder. Anstatt die Eltern in die Lage zu versetzen, Nachfrage nach solchen Plätzen in autonomen, privatrechtlichen Kindergärten (gebildet von Fachkräften mit oder ohne Eltern) halten zu können, wird der ganze bürokratische entmündigende Apparat aufgebläht, um solche Plätze anbieten zu können. Die ganze Privatisierung, die in den letzten Jahren stattgefunden hat, ist ja nicht unter dem ordnungspolitischen Gesichtspunkt der Schaffung zusätzlicher autonomer Wirtschaftseinheiten geschehen,

- 
- 1 Nachtrag vom 14. 1. 2009: Heute Mittag habe ich im ARD-Fernsehen Ausschnitte aus der Debatte um das zweite Konjunkturpaket im Bundestag verfolgt. Insgesamt fand ich, daß bei Schwacher Besetzung und mangelnder Aufmerksamkeit des Plenums sauber und sachlich diskutiert wurde. Die Widersprüche und Lücken sind beim ersten Hören nicht gleich erkennbar. [Dr. Hermann Otto Solms, FDP - Finanzpolitischer Sprecher der FDP...](#) berief sich - wie ich es tue - ebenfalls auf den Ordoliberalismus. Aber man merkt deutlich, daß er noch nicht zur Kenntnis genommen hat, daß dem Ordoliberalismus für den Schönen Bogen, den sie gezeichnet haben, die Fundamente und der Schlußstein der Freiwirtschaftsschule fehlt.
- 2 Siehe: Föderalismus – Die demokratische Alternative, Karl Hahn, 1975.  
Nachtrag vom 14. 1. 2009: Heute am späten Nachmittag auf der Fahrt zum Funktionstraining hörte ich zufällig im DLF die Buchbesprechung von Hans-Martin Schönherr-Mann zu Volle Freiheit oder Anarchie, eine Veröffentlichung von Hans Jürgen Degen/Jochen Knoblauch: "Anarchismus - eine Einführung", Schmetterling Verlag, aus Anlaß des 200. Geburtstag von Pierre Joseph Proudhon.  
<http://www.dradio.de/dlf/sendungen/buechermarkt/903883/>

sondern unter dem Aspekt, dem Anlage suchenden Geld eine Renditemöglichkeit zu bieten. Das Cross-Border-Leasing-System – wie es von Ullrich Rothe in dem Beitrag „Unverkäuflich – Unbezahlbar“ beschrieben wird, hat zu Recht den Widerstand in den wachen Bevölkerungsteilen hervorgerufen. Leider erkennen die meisten dieser Widerständler nicht, daß diese Art der Privatisierung keine Stütze der Marktwirtschaft war und ist, sondern eine Überlebenschance des Kapitalismus. Ein Krankenhaus zu privatisieren, also in eine privatrechtliche Trägerschaft zu überführen, macht durchaus Sinn. Wobei es große Unterschiede ausmacht, ob 1. diese Privatisierung eine Scheinprivatisierung ist, weil die Kommune oder das Land nur den öffentlich-rechtlichen Zwängen entkommen will, 2. weil das Anlage suchende Geld ein Renditeobjekt braucht oder 3. weil die dienstleistenden Arbeitnehmer (Ärzte, Pflege- und Verwaltungspersonal) Unternehmer werden wollen. Aber eine Kanalisation bei vorhandenem Anschlußzwang zu privatisieren, also ein Monopol ohne Wettbewerb in private Hände zu geben, ist einfach idiotisch.

Dem Erfordernis der Gründung selbständiger Existenzen steht entgegen: a) die Nichtbeherrschung der Konjunktur, b) die Kompliziertheit und Vielzahl steuerrechtlicher, haftungsrechtlicher und gestaltungsrechtlicher Normen; c) die Tatsache, daß Abgaben und Zinsen schon fällig werden, bevor überhaupt ein Ertrag erwirtschaftet werden konnte; d) daß immer weniger Menschen in unmittelbarem Zusammenhang mit selbständigen Existenzen – sei es des Elternhauses, des Nachbarn oder der Schule – aufwachsen und als eine selbstverständliche Lebensform erfahren. Wo Kinder und Heranwachsende noch in der Familie erfahren, was Selbständigkeit bedeutet, hat es unter den gegebenen Umständen oft eine abschreckende Wirkung. Es ist doch heute zu beobachten, daß Menschen, die die ersten Hürden zur Selbständigkeit in Bezug auf Qualifikationen – z. B. Meisterbrief – genommen haben, die Selbständigkeit aus berechtigter Angst vor dem Stress und dem Risiko meiden.

In dem ganzen Komplex spielt auch die Haftungsfrage – die Walter Eucken stark beschäftigt hat – eine Rolle. Wer eine unternehmerische und allgemeine Gestaltungsfreiheit fordert, muß auch die daraus resultierende Haftung bejahen. Ein Unternehmer der nicht für sein Tun haftet, ist also ein Unding. Nun kann man einen Menschen aber nicht für Dinge haften lassen, auf denen er keinen Einfluß hat. Aufgrund der durch Staatseingriffe sich ständig verändernden Marktdaten und der Nichtbeherrschung der Konjunktur gleicht das unternehmerische Handeln eher einem Glücksspiel als einem verantwortungs- und planvollem Handeln. Die Flucht aus der unbegrenzt haftenden Personengesellschaft in die nur mit dem Vermögen haftenden

Kapitalgesellschaft ist daher verständlich, aber auch Symptom einer bedenklichen Entwicklung. Die Haftung muß einerseits eine Bedingung der Gestaltungsfreiheit bleiben, darf aber andererseits nicht zu einer lebenslangen Schuldknechtschaft führen.

Aber nochmals zurück zu der von mir als falsch eingestuften Anwendung des Begriffs Kapitalismus. Walter Eucken hat unser Verständnis dafür geschärft, daß wir wirtschaftliche Tätigkeiten nur in einer dezentraler oder zentralen Organisation (Ordnung) oder in einer Mischform ablaufen lassen können. Die dezentrale Wirtschaftsordnung nennen wir Marktwirtschaft oder Verkehrswirtschaft und die zentrale Wirtschaftsordnung (seit Eucken) Zentralverwaltungswirtschaft oder Kommandowirtschaft. Beide Ordnungen haben ihre Systemelemente und wenn die nicht alle stimmen, ist das jeweilige System auch nicht voll funktionsfähig. Generell kann man vermuten oder beobachten, daß die jeweilige Ordnung nur dann stabil ist, wenn sie sich auf ihre reine Form hin entwickelt. Theoretisch und praktisch ableiten kann man auch, daß der Freiheitsgrad der Menschen mit einem zunehmenden Verwirklichungsgrad bei der Marktwirtschaft zunimmt und bei der Zentralverwaltungswirtschaft abnimmt. Zu beobachten ist auch, daß die größere Interessiertheit der Beteiligten am wirtschaftlichen Erfolg in der Verkehrswirtschaft höher ist als in der Kommandowirtschaft. Die Folge davon ist dann, daß hier auch die höhere Systemeffizienz zu beobachten ist.

Mit dieser Beschreibung mag ich Eulen nach Athen<sup>3</sup> getragen haben, denn in jeder Wahl- und Sonntagsrede wird die Marktwirtschaft und ihre überlegene Leistungsfähigkeit beschworen. Die Wirklichkeit ist aber ein Widerspruch zu den (beschönigenden) Beschwörungen. Wesentliche gesellschaftliche Bereiche wie Bildung und soziale Sicherung sind nach dem Prinzip der (fraktionierten) Komandowirtschaft gestaltet und andere wie Landwirtschaft und Kohle werden als Mischform betrieben. Der Staat, der in der Marktwirtschaft nur eine ordnende Funktion haben sollte, hat real eine lenkende behalten oder übernommen.

Noch schlimmer als die nur partiell eingeführte Marktwirtschaft ist aber, daß sie, die als ein dezentraler Leistungsaustausch zu verstehen ist, in dem es (abgesehen von Übertragungen aus sozialen Gründen) nur eine Form von Einkommen geben dürfte, nämlich das Arbeitseinkommen – egal, ob es als Unternehmer oder als Arbeitnehmer erzielt wird – vom Kapitalismus überlagert wird. Einen Kapitalertrag dürfte es eigentlich gar nicht geben. Auch die Väter der

3 Schon diese Redewendung ist ein Hinweis auf einen alten Störfaktor im System. Die Eule war nämlich eine Münzeinheit, die schon reichlich umlief und daher inflationäre Wirkungen hatte. Man konnte diese Wirkung mit zusätzlichen Eulen in dem Markt, wo sie Geltung hatten, nur verstärken.



Sozialen Marktwirtschaft gingen davon aus, daß bei Realisierung ihres Modells, die Kapitalertragsquote in der Einkommensverteilung sich zu einer Restgröße entwickeln würde. Das diese Entwicklung nicht eingetreten ist, erfahren wir täglich aus den Medien. Und damit sind wir bei dem eigentlichen Problem, daß eben den Namen „Kapitalismus“ trägt. Im Kapitalismus ist der Kapitalertrag die dominante Steuerungsgröße, die keine Moral kennt, nicht von Gesetzenormen oder durch ethische Forderungen aufgehoben werden kann. Der Kapitalismus ist aber keine Wirtschaftsordnung im Sinne der Verkehrs- oder Kommandowirtschaft, sondern eine Systemüberlagerung (man denke z. B. an Marmelade, die aufgrund ungeeigneter Aufbewahrung vom Schimmel befallen ist). Diese Überlagerung nennen wir in Verbindung mit der Marktwirtschaft Privatkapitalismus und in Verbindung mit der Zentralverwaltungswirtschaft Staatskapitalismus. (Hier zeigt sich auch, daß das Ziel der alten Sozialisten, den vollen Arbeitsertrag zu erstreiten, nicht mit der Kommandowirtschaft zu erreichen ist, weil Privilegien und das Vorenthalten von Erträgen hier Steuerungselemente sind.) Der Kapitalismus ist aber kein Gespenst, sondern seine Wirkungen (die nicht nur die Verteilung, sondern auch die Konzentration, die Konjunktur und die Umwelt betreffen) sind meßbar und seine Ursachen (oder Instrumente) sind benennbar. Keine Sorge, es sind nicht die „bösen“ Unternehmer, die den Kapitalismus und seine antreibende wie zerstörende Kraft verursachen. Es waren auch nie die Juden, die in diesen Verdacht gekommen waren, weil sie durch Verbote, ehrliche Berufe auszuüben, in das Geldgeschäft gedrängt wurden und dadurch in den Verdacht gerieten, sie seien die Drahtzieher des Geldgeschäfts, das zu den Wirtschaftsskrisen führte und dafür immer wieder bitter und in ungerechter Weise büßen mußten. Es sind schlicht Systemfehler die den Kapitalismus hervorrufen und die Entfaltung der Marktwirtschaft verhindern. Zu benennen ist das falsche Bodenrecht, eine fehlerhafte Geldverfassung und auch das Patentrecht, die die Konzentrations- und Zerstörungsprozesse auslösen. Über die Wirkungszusammenhänge gibt es genügend Literatur. Auf Karl Marx ist man nicht angewiesen, man muß ihn aber auch nicht vergessen, wie das nachfolgende Zitat zeigt. Marx muß man nur anders als die Marxisten interpretieren. Man kann auch in den Veröffentlichungen der Bundesbank lesen<sup>4</sup>, daß sich die Sparquote bei uns in der Hauptsache aus dem Zinszins bildet und nichts mehr mit echtem Sparen (zeitlich begrenzter Konsumverzicht) zu tun hat. Nun Karl Marx aus *Das Kapital*, Band 3 hier übernommen aus: *Das Geld-Syndrom – Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung* von Helmut Creutz<sup>5</sup> Seite 326:

4 Auf Nachfrage wurde mir als Quelle der Bundesbankbericht vom Oktober 1993 benannt.

5 Das Buch ist mehreren Auflagen in verschiedenen Verlagen erschienen. Das Buch gibt es auch als Hörbuch. Siehe: [www.hoerbuchnetz.de](http://www.hoerbuchnetz.de). Helmut Creutz war auch Unternehmer. Er hat sich erst im Rentenalter zum Geldordnungsspezialisten entwickelt.

Der Unternehmer ist ein Arbeiter, der im Unternehmergeinn seinen Arbeitslohn verdient, der ihm vom Gewinn bleibt, nachdem ihm die Banken den Zins abgenommen haben, den der Unternehmer erst aus den Arbeitern herauswirtschaften muss. Insofern bildet der Unternehmergeinn keinen Gegensatz zur Lohnarbeit, sondern nur zum Zins.

Karl Marx

Ich will das Problem des Zinses, des leistungslosen Einkommens, mit zwei weiteren Zitaten aus alten Quellen verdeutlichen. Ich erleichtere mir die Arbeit und übernehme aus meinem Text 46.1.1:

Und dann die Wiederholung der Behauptung, der Zins sei eine Entlohnung der Kapitalgeber. Ist das wirklich mehr als eine Schutzbehauptung? Allein schon das Wort Lohn in Entlohnung ist verräterisch, denn der Lohn ist ein Entgelt für eine Leistung. Die Vergütung für die Überlassung von Kapital nennen wir Rente, Dividende oder Zins. Abgesehen davon, daß es ja verschiedene Zinstheorien gibt und man in einem solchen Zusammenhang begründen müßte, warum eine bestimmte hier berechtigt herangezogen wird, wird doch übersehen, daß im ökonomischen Sinn die Arbeit ein Faktor ist und der Boden und die Arbeitsmittel nur Beistellungen.

Otto Conrad geht in seinem Buch „Die Todsünde der Nationalökonomie“, Leipzig und Wien 1934, diesen Fragen nach:

Was zunächst die Behauptung anbelangt, daß der Boden und das Kapital Produktionsleistungen verrichten, so stützt sie sich auf die Tatsache, daß ohne Boden eine Produktion überhaupt nicht möglich ist, daß ferner die Größe des Produktionserfolges ganz wesentlich von der Beschaffenheit des Bodens und des Kapitals abhängt. Daraus zieht man den Schluß, daß auch der Boden und das Kapital Produktionsleistungen verrichten, die zu den Produktionsleistungen des Menschen hinzutreten. Das Sozialprodukt stellt sich dann dar als das gemeinsame Produkt der drei in der Wirtschaft tätigen, an der Produktion mitwirkenden Wirtschaftssubjekte.

Bei keiner anderen menschlichen Tätigkeit hat man jemals einen solchen Schluß gezogen. Ohne Violine kann man nicht geigen. Wer würde daraus schließen wollen, daß nicht nur der Geiger, sondern auch die Geige geigt, daß beide gemeinsam Violine spielen? Gewiß niemand. Die Violine ist eben Musikinstrument und nicht Musikant, ganz ebenso wie Kapital und Boden Produktionsmittel und nicht Produzenten sind. ... (S. 4.)

... Der Lohn ist also der Preis der Arbeitsleistung, der Zins der Preis der zeitweiligen Überlassung des Kapitals und der Pachtzins der Preis der zeitweiligen Überlassung des Bodens.

Statt sich aber mit dieser auf der Hand liegenden Tatsache zu begnügen, sucht man unablässig nach einer Antwort auf die Frage, wofür die Grundrente und der Zins bezahlt werden. Dies hat Amonn richtig erkannt, ohne allerdings die entsprechenden Folgerungen daraus zu ziehen. „Sieht man“ – sagt Amonn – „beim Zinsproblem die Hauptschwierigkeit in der Bestimmung des

Wesens dessen, wofür eigentlich hier ein Preis bezahlt wird, und beim Grundrentenproblem in der Erklärung dafür, weshalb etwas, was ohne alles Zutun der Menschen da, ein bloßes > Geschenk der Natur < ist, eigentlich ein Preis gezahlt werden muß, so wird beides dieses beim Lohnproblem als selbstverständlich vorausgesetzt. In der Lohntheorie treten die Fragen, die in der Zinstheorie und in der Grundrententheorie eine so große Rolle spielen, gar nicht auf."

Diese auffallende Erscheinung hat einen sehr einfachen Grund. Man sucht nach einer Theorie, die den Zins und die Bodenrente nicht nur erklärt, sondern auch sozialetisch rechtfertigt. Dazu bedarf es des Nachweises, daß dem Einkommensbezug eine Gegenleistung des Einkommensempfängers entspricht. Und dies setzt wieder voraus, daß ein Produktionsfaktor da ist, der diese Gegenleistung verrichtet. Denn nur ein Produktionsfaktor kann, wie schon der Name sagt – das Wort Faktor kommt von *facere*, d. h. tun, handeln – Leistungen verrichten. Bei dem arbeitenden Menschen treffen diese Voraussetzungen zu. Er ist tätig, er verrichtet Produktionsleistungen. Daher fällt hier die von Amonn gekennzeichnete „Hauptschwierigkeit“ weg. Anders liegt die Sache beim Zins und bei der Bodenrente. Denn hier ist der Produktionsfaktor, der die Gegenleistung verrichtet, nicht ersichtlich. So geht man auf die Suche nach dem Produktionsfaktor und stellt den Boden und das Kapital als handelnde Wirtschaftssubjekte auf. Das ist die erste Vergewaltigung der Wirklichkeit, die die Lehre von den drei Produktionsfaktoren verübt. Ich habe schon vor 25 Jahren darauf aufmerksam gemacht, daß die Anerkennung von Produktionsleistungen des Bodens und des Kapitals auf einer Personifikation dieser beiden Produktionsmittel, also auf einer Verschleierung der Wirklichkeit, beruht. Nur dadurch, daß man den Boden und das Kapital zu lebendigen Wesen macht, die ebenso wie der Mensch in der Wirtschaft tätig sind, kann man zu der Behauptung gelangen, daß Boden und Kapital Produktionsleistungen verrichten. Nur so wird es möglich, diese beiden Produktionsmittel mit dem arbeitenden Menschen in eine Linie zu stellen. ... (S. 9 f.)

So dient die ganze Lehre von den drei Produktionsfaktoren nichts anderem, als der sozialetischen Rechtfertigung des Zinses und der Grundrente. Man pflegt den Gegnern dieser Lehre vorzuwerfen, daß sie soziale Werturteile fällen. In Wahrheit liegt die Sache gerade umgekehrt. Ihre Anhänger sind es, die von politischen Vorurteilen und sozialen Werturteilen geleitet sind. Damit will ich keinen persönlichen Vorwurf erheben. Unter diesen Anhängen befinden sich zahlreiche Forscher, deren ernstes und aufrichtiges Streben nach der Wahrheit über alle Zweifel erhaben ist. Allein die Gutgläubigkeit der Anhänger ändert nichts an der Tatsache, daß die Lehre von den drei Produktionsfaktoren dem Interesse der Besitzenden dient, und daß daher auch die Nationalökonomie, solange sie sich zu dieser Lehre bekennt, als Hüterin persönlicher Interessen auftritt.

Das ist die Todsünde der Nationalökonomie. Eine schwerere Sünde als die, sich in den Dienst persönlicher Interessen zu stellen, kann die Wirtschaftswissenschaft gar nicht begehen. Damit wird sie ihrer Aufgabe, der

Erforschung der Wahrheit, untreu, was sich an ihr selbst auf das schwerste  
rächen muß. ... (S. 11 f.)  
Conrad Ende

Das nächste Zitat übernehme ich aus meinem Text 62.4:

Louis Rothschilds Taschenbuch für Kaufleute  
Verlag G.A. Gloeckner, Leipzig 1900, Abschrift angefertigt von Hugo Kierdorf, Köln im Nov.  
1983 (Druckvorlage angefertigt durch TA im Okt. 1989)

Was die Kapitalanhäufung im geschäftlichen Sinn betrifft, so ist zu beachten, daß man unter Kapital oft nur jenen Wertbesitz versteht, welcher sich für den Besitzer, aus Wert in Mehrwert, aus je 100 Thaler, Mark, Gulden ... in mehr als je 100 Thaler, Mark, Gulden umsetzt oder doch als 100 sich forterhaltend, dem Besitzer, auch wenn er nicht arbeitet, sondern, wie man sagt, nur seinen Besitz, sein Kapital, arbeiten läßt, einen Ertrag abwirft, den er ganz verzehren oder teilweise wieder in Kapital, d. h. in Geldbesitz, der sich in mehr Geld umsetzt, verwandeln kann. Eine Volkswirtschaft, in welcher statt des Strebens, die Wohlfahrt fortzuerhalten und zu heben, das Streben, aus Geld mehr Geld, aus je 100 Thaler mehr als je 100 Thaler zu machen, für das Produzieren und Arbeiten entscheidend wird, bezeichnet man als die kapitalistische oder - nach des griechischen Philosophen Aristoteles Ausdruck - als chrematistische Volkswirtschaft.

Mit der Zunahme des Kapitals geht hier oft eine Vereinigung des Besitzes in den Händen einer kleinen Minderheit Hand in Hand, und nicht selten entsteht dann der Schein wachsenden Kapitalreichtums, während vielleicht nur eine kleine Minderheit den Besitz weiter Volkskreise an sich reißt, und die Nation in drückende Abhängigkeit, ja in Abhängigkeit von ausländischen Besitzern und Gläubigern gerät.

Solche traurige Erscheinungen bringen dann in manchen Denker - und weiten Volkskreisen die Ansicht hervor, daß alle Kapitalanhäufung auf Ausbeutung der arbeitenden Klassen und Enteignung der kleineren Besitzer, auf Herabdrückung der Bauern und kleinen Gewerbsleute in die Klasse des Proletariats oder der besitzlosen arbeitenden Volksmassen hinauslaufe. Diese Ansicht beruht - wie wir sehen werden - bald mehr bald minder auf Irrtum. (Seite 122 / 123)

Unser Geldwesen wird, kurz gesagt, so behandelt, als wenn nicht das Geld da wäre umwillen der Produktion, der Wohlfahrt, und der Menschen, sondern als wenn die Produktion, die Wohlfahrt und die Menschen nur ein Mittel im Dienste des Geldes wären. Das Geld wird also zum Zweck und Herrscher, ja zum Götzen Moloch erhoben, dem Menschenopfer, Menschenwohl in unübersehbarer großer Menge täglich dadurch gebracht werden, daß wir die Produktion als Verfahren betrachten, aus je 100 Thaler Wert mehr als je 100 Thaler zu machen und den Unternehmungen die Pflicht auflegen, nicht etwa möglichst viel, möglichst gute Sachen oder Dienste zu erzeugen, sondern vorausbestimmte feste Kapital- und Zinssummen abzuliefern. In unserem Geschäftsleben dreht sich alles um bestimmte Geldzahlungen und um die Möglichkeit, für Geld mehr Geld zu liefern, aus Geld mehr Geld zu machen, hingegen kommen Arbeit, Produktion, Wohlfahrt u.s.w. nur soweit in Betracht, als sie dazu taugen, aus je 100 Thaler mehr als 100 Thaler zu machen. (Seite 196)

Die ökonomischen Probleme, die uns heute Schwierigkeiten machen, die bei uns den Unternehmern den Schlaf rauben, Menschen ins Elend stürzen und anderswo in den Tod, sind alle „Asbach uralt“. Die Schlamperei der Wissenschafts- und Wirtschaftspolitik und die der Wissenschaft hat kriminelle Ausmaße. Aber auch die Unternehmerschaft ist nicht unschuldig an dem Zustand, sie vertrauen zu sehr dem volkswirtschaftlichen Urteil ihrer Verbandsfunktionäre oder interessieren sich zu wenig für die ökonomischen Rahmenbedingungen und Wirkungen, solange ihre eigene Kasse stimmt und nicht zu viel in ihre Unternehmen hinein geredet wird.

Erst durch die Leserbriefe von Günter Burkhardt und Prof. Dr. Peter Heiman in der aktuellen Ausgabe bin ich auf den Beitrag von Carlos A. Gebauer mit dem Titel „Die Implosion des Als-Ob-Kapitalismus“ in der Ausgabe 6/2008 des P.T. Magazins aufmerksam geworden. Ich zitiere erst die beiden Leserbriefe, um diese und danach den Artikel von Gebauer zu kommentieren:

## Leserbriefe zu P.T. Magazin 6/2008

Zu: „Die Implosion des Als-Ob-Kapitalismus“

„Mit dem Artikel von Carlos A. Gebauer kann ich nicht einverstanden sein. Er ist mit dem Verständnis der Freiwirte geschrieben und bewusst oder unbewusst falsch. Die Aussage ‚Ein Geldsystem ohne Gold- oder Silberdeckung ist denknotwendig dem Tode geweiht. Das Abgehen vom althergebrachten Goldstandard war und ist die Ursache des Chaos...‘ ist völlig falsch, für die Menschen sehr gefährlich, verfälscht die Tatsachen und arbeitet der Hochfinanz durch Verdummung des Volkes in die Hände.“

*Günter Burkhardt (per E-Mail)*

Die Kommentierung von G. Burckhardt zu C. A. Gebauers Aussage ist richtig. Die Zuordnung seiner Gedankengänge zur Freiwirtschaftsschule ist völlig daneben. Der Golddeckungswahn zu Zeiten der Weimarer Republik hat die Deflation mit ihren verheerenden Folgen und den daraus resultierenden Aufstieg der Nationalsozialisten verursacht. Nachzulesen ist das in „Inflation und Deflation zerstören die Demokratie“ von Gerhard Ziemer, 1971. Auszüge befinden sich auf meiner Internetseite (Stichwort in die Suchmaschine eingeben). Neben Hochschulprofessoren in kleiner Zahl waren es vor allem die freiwirtschaftlichen Gruppen, die verzweifelt gegen den Golddeckungswahn angekämpft haben.

„Wieder einmal gratuliere ich zu einem Volltreffer! Herr Gebauer hat Recht: Das Geldsystem ist systemisch instabil, seit die Goldwährung über Bord gegangen ist.“

Nur eine letztlich einflusslose Minderheit scheint zu wissen, dass Geld, Kapital, Aktien und Devisenmärkte gleichgewichtslos sind. Bleiben Sie also dran!“

*Prof. Dr. Peter Heimann, Halle/S.*

Der Professor hat mit dem ersten Teil seiner Aussage recht: „Das Geldsystem ist systemisch instabil“ mit der zweiten Hälfte der Aussage, „seit die Goldwährung über Bord gegangen ist.“ liegt er völlig daneben. Die Goldwährungen waren in Bezug auf die Kaufkraft und Konjunktoren immer instabil, weil die Goldfunde nicht immer der dem Geldmengenerfordernis entsprachen und weil das Gold bei guter Konjunktur verschatzt wurde und so deflatorische Tendenzen auslöste. Nachzulesen u. a. in dem Buch „Das Geld in der Geschichte“ (1959) meines verstorbenen Freundes Karl Walker. Verzeilich ist die Aussage von Dr. Heimann, wenn er Professor der Zoologie und nicht der Ökonomie ist. Aber die Aussagen der meisten Ökonomen über das Geld sind auch verwirrend oder konfus. Es ist heute nicht einmal mehr klar, was Geld ist. Forderungen auf Geld (also Kredite, sogenanntes Giralgeld) werden auch zum Geld gezahlt, nur weil man damit auch Rechnungen begleichen kann. Ist das Geld aber nicht mehr bestimmbar, ist auch die Geldmenge nicht mehr bestimmbar. Ist die Geldmenge nicht mehr bestimmbar, ist in Verbindung mit dem Tatbestand, daß die Umlaufgeschwindigkeit – oder der Ausnutzungsgrad - des Geldes heute mit den angewandten Instrumenten nicht beherrschbar ist, keine Herstellung der Geldwertstabilität möglich. Zu den nicht wahrgenommenen Geldproblemen sagt ein viel zitierter schweizerischer Professor über den im Internet zu lesen ist:

„Professor Hans Christoph Binswanger wurde der breiten Öffentlichkeit vor allem durch seine Pionierarbeiten zum qualitativen Wachstum, zum Verhältnis von Geld und Magie sowie zur Geschichte des ökonomischen Denkens bekannt  
Er sagt: „99% der Menschen sehen das Geldproblem nicht. Die Wissenschaft sieht es nicht, die Ökonomie sieht es nicht, sie erklärt es sogar als ‚nicht existent‘.“

<http://www.freisinnig.ch/Kolumnen.html>

Der Beitrag von Carlos A. Gebauer im P.T.Magazin (6/2008) lautet: „**Die Implosion des Als-Ob-Kapitalismus** / Globales Finanzroulette: Das Abgehen vom Goldstandard war und ist die Ursache des Desasters“. Erstmal ist der Autor dafür zu loben, daß er die Währung als Ursache für die derzeitige Krise unserer Ökonomie sieht und darum diesen Beitrag verfaßt hat. Daß Carlos Gebauer in der Analyse und in der empfehlenden Problemlösung völlig daneben liegt, ist da nur ein Schönheitsfehler, der in weiteren Beiträgen behoben werden kann. Bevor ich meine Behauptung begründe, indem ich auf mir wichtige Sätze von Gebauer eingehe,

möchte ich die begleitenden (ausschmückenden) Bildtexte zitieren und kommentieren. Das erste Bild zeigt ein Portrait von Ludwig von Mises (1881 – 1973)

(Er) bewies bereits 1922 dass staatliche Interventionen immer weitere nach sich ziehen und schließlich zum Sozialismus führen, der wiederum zu einer radikalen Senkung des allgemeinen Wohlstands führe.

Der Aussage über den sinkenden Wohlstand kann man heute leicht zustimmen, weil einfach genügend Erfahrungen mit dem real untergegangenen „Sozialismus“ vorliegen. Bleibt nur anzumerken, daß man ursprünglich den Sozialismus nicht mit der Zentralverwaltungswirtschaft gleichsetzte, sondern ihn als Zielgröße zur Erreichung des vollen Arbeitsertrages verstand. Der Zwang zu weiteren Interventionen ergibt sich dadurch, daß die vorausgegangene aufgrund der Interdependenz der Preise und des Marktgefüges, die auf ein Unternehmen, eine Branche oder eine Teilnehmergruppe zielte, neue Ungleichgewichte bei anderen geschaffen hat, die dann wieder bekämpft werden müssen. Es ist eine Kette ohne Ende. Nicht nur Deutschland ist auf diesem Weg in die Knechtschaft (Hayek)<sup>6</sup>, der mit marktwirtschaftlicher Scheinargumentation begleitet wird. Man muß aber dazu sagen, daß die marktwirtschaftliche Ordnung kein Naturprodukt ist, sondern ein solches der gesellschaftlichen Gestaltung. Wenn der Staat unwillens ist, die richtigen Daten / Rahmenbedingungen zu setzen, dann ist er praktisch gezwungen, fortwährend zu intervenieren. Und die richtigen Rahmendaten benennt die Freiwirtschaftsschule seit 100 Jahren. Ihr Lohn dafür ist Miß- und Verachtung. Die Rechtfertigung dafür, daß die Vertreter dieser Schule mit ihren Bemühungen nicht aufgeben, sind die Mängel der herrschenden Lehre und das Leid der Menschen.

Das zweite Bild zeigt ein Flugzeug, daß Bomben abwirft. Der Text dazu:

Die USA finanzierten den Vietnamkrieg durch Gelddrucken zu Lasten ihrer Handelspartner. Am 15. August 1971 kündigte Präsident Nixon die US-Verpflichtung, Dollar in Gold einzulösen. Seitdem ist das Weltfinanzsystem nur noch bedrucktes Papier OHNE DECKUNG.

Das dritte von vier Bildern, das ich hier noch erwähnen will, zeigt Alan Greenspan.

Alan Greenspan, langjähriger Chef der wichtigsten Notenbank der Welt, der amerikanischen Federal Reserve, verursachte durch ungehemmtes Dollardrucken die heutige Krise. An 15. 12. 2005 wurde er zum Ehrendoktor der New York University ernannt.

Die erste Aussage halte ich für richtig. Die US-Amerikaner konnten so verfahren, weil der US-Dollar aufgrund des Bretton-Woods-System über fixierte Wechselkurse an die Währun-

---

6 Zu Hayek, einer der Ordoliberalen, habe ich unter dem folgendne Link einen Beitrag gefunden:  
<http://www.manager-magazin.de/geld/artikel/0,2828,575800,00.html>

gen der Mitgliedsländer gebunden waren. Aufgrund dieser Inflationierung des Dollars konnte die FED schon vor Aufgabe der Einlösungspflicht ihre Dollars nicht in Gold umtauschen. Speziell für Deutschland war die Wirkung, daß die DM wesentlich unterbewertet war. Durch die Einlösungspflicht des Dollars zu einem überhöhten Preis in DM mit der Wirkung der Inflationierung der DM erhielten sowohl die deutschen Exporteure wie auch die US-Dollar-Investoren zu Lasten aller Inländer eine stattliche Prämie. Es war die Zeit, in der die deutsche Konjunktur überströmte und es an Arbeitskräften mangelte. Hier setzt dann der „Import“ von Gastarbeitern ein, die heute unsere Mitbürger sind. Bei einer korrekten Währungs- und Wirtschaftspolitik hätte den Gastarbeitern auch eine Verdienstmöglichkeit in ihren Heimatländern geschaffen werden können. Ich erwähne das, weil hier deutlich wird, welche Wirkungen vom Währungssystem ausgehen.

Ein Ludwig Karl – ein Goldstandardbefürworter wie Gebauer schreib am 16.7.08 unter <http://www.hartgeld.com/filesadmin/pdf/Karl-GoldstandardUndDollar.pdf>

Historisch ist belegt, dass jede Währung, die über keine Deckung oder keinen Basiswert verfügte, schlicht und ergreifend untergegangen ist.

Man könnte davon ableiten, dass dies auch mit den momentanen passieren muss und wird.

Ich will damit verdeutlichen, daß Gebauer mit seiner Behauptung nicht alleine steht. Aber die Unlogik wird schon mit dem ersten zitierten Satz dokumentiert. Wenn nur „deckungslose“ Währungen untergehen, müßten ja noch alle mit Edelmetall „gedeckten“ Währungen bestehen. Ich will an dieser Stelle einen Satz von Karl für später festhalten:

Die Geschichte lehrt uns allerdings, dass der Dollar immer nur zwischen 45% und 5% gedeckt war. Und dies immer mit einem fixierten Goldpreis und Wechselkursen.

Die Einlösungspflicht der USA Gold gegen Dollar wurde aufgehoben, weil die FED dieser Verpflichtung gar nicht mehr nachkommen konnte. Die Inflationierung des Dollars trotz Gold-Teil-Deckung zeigt, daß das Gold nicht die Fähigkeit hat, eine Währung stabil zu halten. Die Freigabe des Wechselkurses war einfach erforderlich, weil die Falschbewertungen der Nichtdollarwährungen in Verbindung mit der Ankaufspflicht der Nichtdollar-Notenbanken zu einer Bedrohung der anderen Volkswirtschaften geworden war. Obwohl die Fakten damals eindeutig auf dem Tisch lagen, war es ein hartes Ringen um die Freigabe der Wechselkurse. Als ich 1966 meine Examensarbeit über Wechselkurse an der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg schrieb, mußte ich gegen die Lehrmeinung der Prüfer für flexible Wech-



selkurse plädieren. Marktwirtschaftlich gesehen sind fixierte Wechselkurse wie eine staatlich verordnete Preisbindung z. B. für Lebensmittel. Das für den Im- und Export und auch für die Touristik stabile Wechselkurse für eine sichere Kalkulation vorteilhaft sind, steht außer Frage. Aber fixierte und stabile Wechselkurse sind zwei verschiedene Dinge. Stabile Wechselkurse erreicht man, a) wenn nicht manipulierend in den Devisenmarkt eingegriffen wird und b) wenn die am Austausch beteiligten Währungen selbst stabil sind.

Zu Greenspan und der FED: Es ist richtig, daß die Zentralbank der USA (vermutlich im Zusammenspiel mit den US-Regierungen) die Stellung des US-Dollars als Quasi-Weltwährung ausgebeutet hat. Ludwig Karl schreibt:

Wie wir aber alle wissen, bleibt (bzw. blieb) die Geldmenge in den USA nicht gleich und wuchs zuletzt mit Raten um die 20% p.a.

Ich kann den Prozentsatz jetzt nicht überprüfen. Nur klar ist, daß bei einer solchen Geldvermehrung das Preisniveau nur stabil bleiben kann, wenn das zusätzliche Geld, das auf der Güterseite keine Entsprechung findet, in die Horte geht, also nicht nachfragewirksam wird. Die Horte sind in diesem Fall die Reserven der Nicht-US-Zentralbanken und der Wirtschaftsteilnehmer, im US-Markt und vor allem im Ausland. Neben der Mit-Finanzierung des US-Staats Haushaltes wird hier auch der Hauptgrund der Geldvermehrung liegen. Es zeigt sich in diesem Zusammenhang einmal mehr, daß es nicht nur auf die Geldmenge ankommt, sondern eine Notenbank kann nur dann die Geldwertstabilität garantieren, wenn sie auch die Umlaufgeschwindigkeit (Umschlaghäufigkeit / Ausnutzungsgrad) des Geldes beherrscht. Für mich stellt sich die Notenbankpolitik der USA, die zu der jetzigen Krise wesentlich beigetragen hat so dar, daß sie versucht hat, das von Keynes entwickelte Deficit spending auf Privathaushalte anzuwenden. Wenn das so ist, war die Notenbankpolitik weniger der Versuch, den USA-Staat zu bereichern, als vielmehr der Versuch auf diesem Wege eine Deflation zu vermeiden. Die Finanzprobleme der Banken sind nach meiner Einsicht aber nicht nur auf die Politik der Notenbank zurück zu führen. Ich vermute, daß die Banken und Geldanleger einfach mit Luft spekuliert haben. Ich will nicht ausschließen, daß da manchmal auch Betrug im Spiel war. Der Regelfall dürfte aber sein, wenn die Konkurrenz für Einlagen oder Wertpapiere überdurchschnittliche Renditen anbietet, dann müssen sich die Mitbewerber ebenfalls bemühen, diese Sätze ihren Kunden zu offerieren. Und bekanntlich können nicht nur Individuen und Gruppen, sondern auch ganze Völker den Sinn für Realitäten verlieren.

Nun zu ein paar Sätzen aus dem Artikel von Gebauer:

Was aber macht das Weltfinanzsystem so notorisch unbeherrschbar?  
Die Bändigungsaspiranten werden es ungern hören: Ein Geldsystem  
ohne Gold- oder Silberdeckung ist denknotwendig dem Tode geweiht.  
Das Abgehen vom althergebrachten Goldstandard war und ist die Ursache  
des Chaos. Wahren Kapitalismus gibt es nur mit wertstabilem Warengeld.

Wer, wie schon 1925, politisch manipulierbares Papiergeld in Zahlkraft  
setzt, verursacht monetäre Expansion, beseitigt den Kapitalismus und  
pflanzt den Keim des Kollapses. ...

Eine Denknötlichkeit muß man nicht nur behaupten, sondern begründen. Dies dürfte Gebauer schwer fallen, weil es noch nie eine stabile Währung auf „althergebrachten Goldstandard“ gegeben hat. Der Satz „Wahren Kapitalismus gibt es nur mit wertstabilem Warengeld.“ bekommt erst seine Richtigkeit, wenn das Wort Kapitalismus gegen Marktwirtschaft und Warengeld gegen Währung ausgetauscht wird. Der Kapitalismus als Möglichkeit, sich leistungsloses Einkommen anzueignen, ist immer wahr, wenn er feststellbar ist. Der Kapitalismus lebt von dem Mangel, von der Not. Jede neue Produktionsanlage, jede neue Wohnung in einer Situation der Dauerkonjunktur mit Vollbeschäftigung und stabilem Preisniveau drückt auf die Rendite und ist somit der Tod des Kapitalismus. Ein Krieg mit seinen Realkapitalzerstörungen ist ein Fest für den Kapitalismus. Die Neutronenbombe hat deshalb keine Chance, im großen Stil produziert zu werden, weil diese die Güter nachfragender Menschen umbringt und das Realkapital nicht zerstört. Es zeigt sich in der Argumentation von Gebauer, daß die 100-jährige Aufklärung der Freiwirtschaftsschule und anderer Quantitätstheoretiker immer noch nicht gefruchtet hat. Der Preis des Geldes – ausgedrückt in der Menge der Ware, die man dafür eintauschen kann – bildet sich eben nicht durch seinen Stoffwert – zum Beispiel Silber oder Gold – und auch nicht durch eine Hinterlegung von Waren (Gold, Silber, Getreide etc.) bei der Notenbank (Zentralbank), sondern durch seine Funktion, durch das Verhältnis seiner (aktiven) Menge zur Menge der im oder auf dem Markt befindlichen Güter. Die Menge der Güter kann dabei in der Marktwirtschaft von der übergeordneten Ebene Staat / Zentralbank nicht bestimmt werden, wohl aber die Geldmenge. Diese aber nur dann, wenn sie tatsächlich umläuft. „Taler, Taler du mußt wandern, von dem einen zu dem andern!“ „Der Rubel muß rollen!“ Gemessen wird die richtige – preisniveau stabilisierende - Geldmenge mit dem Warenindex oder mehreren Indices. Darum hat eine solche Währung die Bezeichnung Indexwährung, die vor allem von der Freiwirtschaftsschule propagiert wurde. F. J. Clauß schreibt in „Wirtschafts-

konjunktur 6/74“ des Ifo-Instituts: „Diese erste Indexwährungs-Konzeption war eine der größten theoretischen Fortschritte der Nationalökonomie – wenn sie auch kaum jemals mehr (als /TA) den Charakter einer Utopie gehabt hat wie zur Zeit in fast allen Industrieländern.“<sup>7</sup>

... Als [Richard Nixon](#) dann 1971 die Goldbindung vollends löste, zog er gleichsam auch noch den letzten leitwährenden Haken aus dem Nichts.

An die Stelle freien Wirtschaftens traten endgültig die ungezügelten Bereiche politischer Zusicherungen und Heilsversprechen. Der Staatsdampfer Inflation erzeugt sich selbst die Bugwelle Kreditgeld.

Doch statt in die Stabilität des Goldes zurückzukehren, haben sich auch deutsche Politbanken immer tiefer in den Rausch des überschwappenden Papier- und Kreditgeldes gestürzt. ...

Diese Sätze assoziieren bei mir eher „Dichtung“ als „Sachbeschreibung“. Die Aufgabe der Goldbindung löste keine Inflation aus, sondern der inflationierte Dollar machte das Einlösungsversprechen *Banknoten gegen Gold* gegen Gold unmöglich. Das Wort Kreditgeld ist ein Un-Begriff. Es ist so als wenn man Wasser und Feuer zu einem Begriff addiert. Nun kennen wir aus den Indianergeschichten zwar den Begriff Feuerwasser, dieser meint aber nicht die Verbindung von Feuer und Wasser, sondern von Alkohol und Wasser. Geld und Kredit sind zwei verschiedene Dinge, die man wohl solange als *Zahlungsmittel* zusammenfassen kann, wie noch nicht über die Kreditsumme verfügt wurde, aber nicht unter der Bezeichnung Geld. Die Bezeichnungen *Giralgeld* und *Buchgeld* haben für große Verwirrung – bis hinein in die Freiwirtschaftsschule – gesorgt. Die Klärung dieses Themenkomplexes wäre für unser Überleben wichtiger als die Frage, ob noch andere Planeten unseres Sonnensystems Wasser aufweisen. Ich verweise an dieser Stelle nur auf zwei Veröffentlichungen zum Thema: Karl Walker, *Das Buchgeld – Ein Beitrag zur theoretischen Klärung*, 1951 und Martin Scheytt, *Theoretische Grundlagen der bankgeschäftlichen Kreditgewährung – Kristischer Beitrag zur Kreditschöpfungstheorie*, 1962.

... Gleichwohl bleiben all diese Krisen, der Zusammenbruch des Ostblocks ebenso wie das Milliardenroulette unserer Staatsbanken und der Kollaps aller Blasen, nur geradezu harmlose Vorbeben im Vergleich zu den Erschütterungen, die uns mit der unausweichlichen Implosion unserer rettungslos überschuldeten Wohlfahrtsstaaten noch bevorstehen.

---

<sup>7</sup> Nachzulesen in meiner Textsammlung unter der Ziffer 56.18.

Einzig Gold lässt sich nicht strecken. Es implodiert deswegen auch nicht. Es zwingt auch Staaten, Maß zu halten und ist daher die beste Fessel gegen politisches Zocken.

Wer könnte schließlich ernsthaft glauben, dass ausgerechnet jene Experten, die seit 1970 nicht einen einzigen ausgeglichenen Staatshaushalt zustande brachten, jetzt die Finanzen ordentlich regulieren?

Carlos A. Gebauer

Da die Lernwilligkeit der Wirtschaftspolitik und der beamteten oder subventionierten Wirtschaftswissenschaft gegenüber der Weimarer Zeit nur ungenügend erhöht hat, haben die erste und die letzte Aussage in diesem Zitat einen hohen Wahrscheinlichkeitswert. Die mittlere Aussage zum Gold ist aber reines Wunschdenken. Ich wiederhole das Zitat von Ludwig Karl:

Die Geschichte lehrt uns allerdings, dass der Dollar immer nur zwischen 45% und 5% gedeckt war.

Das Zitat besagt, daß das Gold als Hinterlegung einer Währung immer schon nach Bedarf gestreckt wurde. Und Gebauer stellt ja selber fest, daß Staaten die Goldbindung der Währungen aufheben können. Das Gold ist somit kein Garant für eine stabile und funktionierende Währung. Es ist auch zu bedenken, daß der Preis der Ware Gold selbst Schwankungen unterliegt und völlig in den Keller gehen würde, wenn die Notenbanken aufhören würden, Gold in ihre Tresore zu sperren. Ich wiederhole noch einmal einen Satz von Gebauer, der weiter oben zitiert wurde:

Wer, wie schon 1925, politisch manipulierbares Papiergeld in Zahlkraft setzt, verursacht monetäre Expansion, beseitigt den Kapitalismus und pflanzt den Keim des Kollapses. ...

Ich korrigiere: Wer das sachlich richtige manipulierte Papiergeld in den Umlauf setzt, reduziert die monetäre, zinsbedingte Expansion und Vermögenskonzentration, beseitigt damit eine wesentliche Ursache des Kapitalismus und ermöglicht die Entwicklung einer störungsfreien Marktwirtschaft. 1923 zeigte man mit der Einführung der Rentenmark, daß auch ohne Gold und ohne staatlich garantierte Annahmepflicht eine stabile Währung zu haben ist. Laut <http://de.wikipedia.org/wiki/Rentenmark> wurde die Rentenmark wie folgt gesichert:

Die *Rentenmark* wurde durch die sogenannte „Grundschild“ gestützt, d.h., jeder Unternehmer, Fabrikbesitzer, Grundstücks- und/oder Immobilienbesitzer musste 6 % seines Grundbesitzes an den Staat übertragen.

Dies war aber nur währungspolitische Kosmetik, eine Beruhigungsspiel für die Bürger und die Goldwährungsgläubigen. Die zweite Zerstörungswelle der damaligen

Republik nach der Entwertung aller auf Geld lautenden Werte begann dann mit der Wiedereinführung der Goldkernwährung. Die Goldwährungsgläubigen hatten sich politisch mal wieder durchgesetzt. Deutschland nahm Kredite in den USA auf um sich Gold zu kaufen und es nutzlos in die Tresore der Reichsbank zu legen, um sich aber mit hohen Zinszahlungen zu belasten. Man stelle sich mal einen Unternehmer vor, der mit einem Kredit sich einen Maschinenpark zulegt, ihn in einer Halle aufbaut und dann die Tore verschließt. So ein Unsinn wird kein Unternehmer tätigen, wird jeder sagen, der das liest. Die Zentralbanken machen das aber und viele Menschen halten das für vernünftig. Aber ein größeres Problem war, daß die für die Währung verantwortlichen Zentralbanker und Politiker nun fest daran glaubten, daß die Geldausgabe in einem bestimmten Verhältnis zur vorhandenen Goldmenge zu sein habe. Als dann 1929 die von den USA ausgehende Weltwirtschaftskrise (Es war eine Deflationskrise. Ich las gestern irgendwo, daß das Volumen des US-Dollars um 30% reduziert wurde.) einsetzte, wurden die Deutschland zur Goldbeschaffung gewährten Kredite gekündigt. Die Goldbestände mußten reduziert werden und in Folge glaubte man, auch die Geldmenge reduzieren zu müssen. Auf diese Weise hatte man die Deflation „importiert“. Was dann folgte, beschämt uns heute noch. Ich setze zur Vertiefung des Themas noch zwei Links und bringe abschließend Auszüge aus einem Text, der in erster Auflage 1931 veröffentlicht wurde.

<http://de.wikipedia.org/wiki/Goldstandard>

<http://de.wikipedia.org/wiki/Bretton-Woods-System>

Auszüge aus *Das Problem unserer Zeit und seine Meisterung* von Karl Walker, Dritte Auflage 1932. Um dieses Buch schreiben zu können, hat Walker seine Arbeitsstelle als Buchbinder ohne Garantie aufgegeben, ohne Garantie wieder in das Unternehmen einsteigen zu können. Er übernahm für seine Aufklärungsarbeit ohne Ertragsaussichten für damalige Zeiten ein hohes Risiko. Später war Walker Unternehmer, Verlagslektor, Geschäftsführer einer GmbH, Schriftsteller und SPD-Stadtrat. Karl Walker ist am 5. Dezember 1975 gestorben. In einer Gedenkschrift zu seinem Tode „Einsam geblieben bei der Wahrhaftigkeit“ urteilt Dr. Hans Linhardt, damals Professor für Betriebswirtschaftslehre, der zwei Begegnungen mit Walker

hatte, über ihn <sup>8</sup>:

Zwischen diesen beiden Begegnungen liegt eine Zeit brieflichen Verkehrs und Gedankenaustausches, der betont von den Walker stets bewegenden Fragen der Währung, des Kredits, des Geldwesens bestimmt war.

Hierin hatte er als Privatgelehrter, dem Betriebswirt gegenüber, den weiteren Horizont, zugleich aber auch die größeren Behinderungen, was den Zugang zu Quellen, amtlichem Material und die reichlichen Arbeitshilfen betrifft, die dem beamteten Fachvertreter in Form der Einrichtungen von Seminaren und Instituten, sowohl an sachlichem Behelf durch Bücher, Zeitschriften, Gutachten und Berichte, wie an persönlichem Behelf durch Assistenten und Hilfskräfte zur Verfügung steht.

Auch darüber, was die Rolle des Privatgelehrten, verglichen mit dem beamteten Wissenschaftler, betrifft, wäre ein weiteres Wort zu sagen. Es entspringt meiner Hochachtung gegenüber Karl Walker, wenn ich dies aus voller Überlegung und in genügendem Umfang tue, denn gerade darin verstehe ich als Vertreter des Professoriums die eigentliche Rolle und die spezifische Leistung Walkers auf seinem engeren Arbeitsgebiet, dem er Jahrzehnte seines Lebens und Schaffens gewidmet hat, ohne jemals von Neid und Mißgunst denen gegenüber erfüllt zu sein, die es in jeder Hinsicht leichter hatten, den Weg zur Öffentlichkeit zu finden, und die nur allzu oft diesen Weg in die Richtung gehen, die ihnen Vorteil und Anerkennung verspricht, statt im ernststen Meinungsstreit die unbequemere, wenn auch richtigere Position einzunehmen.

Ganz anders Karl Walker. Was er schriftlich von sich gab, was er der Öffentlichkeit anvertraute, war in seinem Inneren so durchdacht und abgewogen, daß es auch dem unverbildeten Verstand zugänglich war, dem Fachverstand beachtlich erscheinen mußte. Er vermied geschrobene Gedankengänge, er unterließ geschwollene Redensarten. Sein Anliegen war die Anschaulichkeit auch bei abstrakten Überlegungen. Darin sehe ich eine weitgehende Verwandtschaft mit einem der bedeutendsten Vertreter der deutschen Soziologie und Nationalökonomie, dem lange Jahrzehnte in Münster lebenden und lehrenden Professor Johann Plenge. ...

Und jetzt zitiere ich Walker aus seinem Erstlingswerk „Das Problem unserer Zeit und seine Meisterung“, 1931/2, das sich mit den Problemen auseinandersetzt, die uns damals die Wiedereinführung des Goldstandards beschert hatte:

### **Schachts Schuld**

Wie allgemein bekannt, hat der vormalige Reichsbankpräsident Dr. Schacht wiederholt energisch gegen die Methode Stellung genommen, alle möglichen privaten und kommunalen Unternehmungen

---

<sup>8</sup> Ich erwähne und zitiere dieses alles nicht nur um einen gestorbenen Freund zu ehren, sondern a) um die Praxisverbundenheit der freiwirtschaftlichen Geldtheoretiker hervorzuheben und b) gleichzeitig die Schwierigkeiten, die sie in und mit ihrer Arbeit immer aufs neue zu überwinden haben.

mit Auslandsanleihen zu finanzieren. Es wurde ihm das jedesmal sehr verübelt, namentlich von sozialistischer Seite. Herr Dr. Schacht lehnte aber die Methode nicht einmal vollständig ab, sondern nur unter gewissen Umständen. Die Aufnahme von Auslandsanleihen wollte er gestatten, wenn sie einem produktiven Unternehmen zugeführt werden. Ein produktives Unternehmen ist in diesem Fall ein Unternehmen, das die Verzinsung und Rückzahlung der Anleihe ermöglicht. Privatwirtschaftlich gesehen bestehen für ein solches Unternehmen keine Bedenken gegen die Aufnahme einer Anleihe; doch volkswirtschaftlich gesehen, erscheint die Sache anders. Woher kommen denn die für die Verzinsung und Rückzahlung erforderlichen Beträge? Doch regelmäßig aus dem Erlös der auf dem Inlandsmarkt verkauften Produkte. Von irgendwelchem Gewinn für unsere Wirtschaft ist nichts zu sehen, solange der ausländische Geldgeber mit seinem Kapital auf diese Weise auch die Zinsen aus unserem Lande zieht. Anders würden die Verhältnisse liegen, wenn eine, nur Exportwaren produzierende Firma mit ausländischem Kapital arbeiten würde. In diesem Falle kämen die einlaufenden Beträge aus dem Ausland. Das wäre produktiv gearbeitet in nationalwirtschaftlichem Sinn.

Aber Herr Dr. Schacht selbst ist überzeugter Anhänger der Goldwährung; es erscheint ihm unmöglich, eine Wirtschaft ohne Gold in

- 77 -

Gang halten zu können. Zur Stabilisierung der Mark benötigte Dr. Schacht eine 800-Millionen-Anleihe, die den Grundstock der neuen Goldwährung abgab. Mit der Einführung der Goldwährung stieß Schacht selber das Tor auf, durch das der Anleihestrom nun unaufhaltsam quillt. Seit 1924 bis heute ist unsere private Verschuldung so stark gewachsen, daß der jährliche Zinsendienst Summen erfordert, mit denen man mehr als die Hälfte der Reparationen bezahlen könnte.

Die Schuld an all dem liegt natürlich nicht bei Schacht allein; sie liegt zum großen Teil schon an seiner Schule. Was muß an unseren Hochschulen gelehrt worden sein, daß diese ganze Generation „berufener Fachleute“ mangels klarer währungstheoretischer Erkenntnisse versagen mußte, daß der aus dem Kreise der hervorragendsten Fachleute, wie man seinerzeit sagte, von der Regierung zum Reichswährungskommissar ernannte Dr. H. Schacht nichts besseres wußte, als die Rückkehr zum Golde! Schachts Glaube an die alleinseigmachende Goldwährung war und ist wohl schlechtweg unerschütterlich. Auf Diskussionen ließ er sich niemals ein. In seinem Buche „Die Stabilisierung der Mark“ sagt Dr. Schacht unter anderem selbst (S. 160):

„Ich habe mich auf theoretische Auseinandersetzungen weder mit den Nominalisten, noch mit den Indexwährungstheoretikern jemals eingelassen und habe immer ganz offen ausgesprochen, daß ich von Währungstheorien allein nicht viel halte, daß ich aber jederzeit bereit sein würde, diejenige Währung anzunehmen, die von Amerika und England angenommen würde. Ich unterlasse es deshalb auch an dieser Stelle, mich mit den Fragen der Goldwährung, der Goldkernwährung, der Devisenwährung usw. auseinanderzusetzen und konstatiere lediglich, daß die metallistische Währungstheorie in der Welt nicht schwächer, sondern stärker dasteht, als je zuvor und daß nichts so sehr wie der Krieg die Überlegenheit der Goldwährung bewiesen hat.“

Ist es da zu verwundern, daß ihm „die Vorstellung, daß neben dem internationalen Goldgeld ein inländisches Zahlungsmittel wie die Rentenmark sich in fester Wertbeständigkeit erhalten könne, so absurd erschien“, daß er „nur den einzigen Gedanken hatte, in welchem Tempo die Rückkehr zum Golde möglich sein würde“ – (aus demselben Buch, S. 94).

Achteinhalb Monate war diese Absurdität Wirklichkeit, ohne  
- 78 -

daß Herr Dr. Schacht seine Ansicht revidiert hätte. Die ganze Zeit über waren seine Sinne mit seinem Projekt, der Golddiskontbank, beschäftigt. Es ist nicht so, daß uns die Goldwährung aufgezwungen wurde. Gewiß hatte das Daweskomitee ebenfalls an die Wiedereinführung der Goldwährung gedacht; aber die treibende Kraft war Dr. Schacht. Das Ausland traute uns noch nicht so richtig und zögerte, uns die entsprechenden Beträge an Gold zur Verfügung zu stellen.<sup>9</sup> Ob aus Besorgnissen oder aus taktischen Gründen bleibe dahingestellt.

In dieser Situation wäre es aber jedenfalls nicht ausgeschlossen gewesen, auch einen anderen Plan betreffs der Währungsstabilisierung durchzubringen. Wir sehen hier ganz davon ab, daß man auch hätte die Inflation vermeiden können, wenn eben die richtigen Männer am richtigen Platze gestanden hätten.<sup>10</sup> Aber weder die

---

9 Fußnote 1 auf Seite 79: Schacht sagt das in dem erwähnten Buch selbst (siehe S. 107). Die Stelle kann hier wegen Raummangel nicht angeführt werden.

10 Fußnote 2 auf Seite 79: Es hätte auch genügt, wenn die Reichsbank, mit der sich Silvio Gesell schon 1914 in Verbindung gesetzt hatte, auf ihn gehört hätte. Einen interessanten Brief Gesells an die Reichsbank veröffentlicht Dr. B. Uhlemayr in seiner Broschüre „Silvio Gesell“ (S. 49). In diesem Brief verwarft sich Gesell höflich aber bestimmt gegen die wohl etwas abschätzige Behandlung seiner Vorschläge von seiten der Reichsbank; und er erklärt den Herren, daß seine Theorie des Geldes ihm seinerzeit erlaubt habe, gegen alle landläufigen Axiome der Goldwährung, gegen die Presse und die öffentliche Meinung schwimmend, der argentinischen Regierung (Gesell lebte 1887 – 1900 und 1907\_1911 in Buenos Aires) den Plan zur Gründung einer Konversionskasse vorzuschlagen. Die Durchführung seines Vorschlags hatte die von ihm vorausgesagten glänzenden



Regierten noch die Regierenden verstanden etwas von diesen Dingen.

### Zurückgewiesene Helfer

Zu jener Zeit, im Sommer 1923, als das Währungschaos phantastische Ausmaße angenommen hatte, forderte Dr. Stresemann, der gerade Reichskanzler geworden war, in seiner Antrittsrede alle diejenigen, die dazu in der Lage seien, auf, an der Lösung der Währungsfrage mitzuarbeiten. Daraufhin bemühte sich am 17. August 1923 ein Ausschuß von 6 Vertretern der Gesellschen „Freigeldtheorie“ an der wir nun einmal festhalten wollen, obwohl vielleicht dem Leser im Hinblick auf die Rentenmark bis jetzt noch nicht ganz klar ist, warum gerade dieses „Freigeld“ das richtige sein soll, zum Reichskanzler, um ihm die ausgearbeiteten Vorschläge zu unterbreiten. Dr. Stresemann verwies die Herren an das Reichsfinanzministerium, dem zu derselben Zeit Dr. R. Hilferding als Finanzminister vorstand. Doch der Finanzminister hatte keine Zeit und beauftragte seinen De-

- 78 -

zernenten für Währungsfragen, die Vorschläge entgegenzunehmen und zu gegebener Zeit (!) ihm darüber zu referieren. Also gelangte man endlich an einen Oberregierungsrat, der mit sich reden ließ. Im Laufe der Besprechung verriet dann der Dezernent für Währungsfragen, daß die unterbreiteten Vorschläge im Reichsfinanzministerium *b e r e i t s b e k a n n t* seien, aber das Reichsfinanzministerium nicht dazu Stellung nehmen könne, bevor sich Autoritäten dazu bekennen. Er sagte etwa wörtlich: „Bringen Sie uns Autoritäten, Universitätsprofessoren oder Bankdirektoren, die sich zu ihrer Lösung des Währungsproblems bekennen, dann wollen wir gern ihre Vorschläge prüfen.“<sup>11</sup> Die Vorschläge wurden also überhaupt nicht geprüft, weil sie nicht von Autoritäten kamen. Wer gilt denn bei diesen Herren als Autorität? Akademiker, Professoren, die sich zu dem Gesellschen Vorschlag stellen, gelten als Außenseiter und nicht mehr als Autorität. Autoritäten waren Leute, wie etwa der damalige Reichsbankpräsident Havenstein. Wenn solch ein Mann einfach sagt: „Ich warne vor Experimenten!“ dann glaubt alle Welt, er versteht etwas von der Sache. Was die Bankdirektoren und Universitätsprofessoren betrifft, steht jedenfalls fest, daß gerade diese überraschend wenig von Währungsfragen verstanden haben. Es ist das nicht nur die Ansicht der Reformier, die ja immer zuerst gegen die herrschenden Lehren und Meinungen ankämpfen müssen, schon weil sie mit neuen positiven Vorschlägen gar nicht durchdringen können, solange Autoritäten ihnen den Weg versperren. Man teilt diese Ansicht über die „gegebenen Fachleute“ auch in den Kreisen, die nur negative Kritik üben, also, wenn man so sagen will, „unvoreingenommen“ urteilen. Dr. F. Pinner berichtet in einem Aufsatz über

---

Erfolge.

11 Fußnote 1 von Seite 80: Letzte Politik, 8. Jahrgang Nr. 19

„Berliner Bankdirektoren“,<sup>12</sup> daß ihn während der Zeit der großen Stabilisierungsdiskussion einmal ein hoher ausländischer Diplomat gefragt habe, wie das komme, daß die sonst so tüchtigen deutschen Bankdirektoren von Währungsfragen nichts verstünden (!), sondern kritiklos nachbeteten, was ihnen eine gleichfalls währungspolitisch nur oberflächlich orientierte Vulgär-Ökonomie vorspräche (!). Pinner erklärte das aus einem Mangel an Zeit. Für die Bankdirektoren kann man diese Entschuldigung vielleicht noch durchgehen lassen, für die anderen Fachleute aber gilt sie nicht.

Auch der englische Botschafter, Lord d'Abemon, äußerte sich 1922 in London zu dem bekannten amerikanischen Währungstheoretiker  
- 80 -

Prof. Irving Fisher, der einer der wenigen ist, die für die Indexwährung eintreten: „Professor Fisher, Sie werden in Deutschland wenig Menschen finden, die wissen, daß die Mark gefallen ist“<sup>13</sup>. Professor Fisher hielt das kaum für möglich; aber seine Erfahrungen anlässlich seiner Studienreise durch Deutschland bestätigten die Richtigkeit dieser Behauptung.

Die Sachlage war also die, daß die gegebenen Fachleute so wenig wie die Politiker, und diese nicht mehr als das Volk von den brennendsten Tagesfragen verstanden haben. Die wenigen aber, die eine klare Übersicht hatten, wurden lächerlich gemacht. Alle ihre Vorstöße prallten am Panzer der Verständnislosigkeit ab. Wo sich irgendeiner dazu herbeiließ, die Gesellschen Theorien und Vorschläge einer Kritik zu unterziehen, da griff er sich eben die Einzelheiten aus dem Gesellschen Vorschlägen heraus, die durch allzu starkes Abweichen von den bisherigen Gepflogenheiten auffielen. Warum das so und nicht anders vorgeschlagen wurde, das untersuchte man gar nicht erst, es genügte vollständig, daß etwas anders gemacht werden sollte, als die Alten taten, um die Sache oft genug mit geradezu empörend oberflächlicher Argumentation abzutun. Besonders dankbaren Stoff stellt für solche Kritiker heute noch die „Schwundidee des Freigeldes“ dar. Das betrachten sie als eine Art fixe Idee von Gesell. Gesell selbst vertrat aber lediglich die Ansicht, daß das Geld ein zu allen anderen Zwecken unbrauchbares Tauschmittel sein soll und bedingungslos gleichmäßig umlaufen muß. Das bisherige Geld jedoch entspricht, wie Gesell nachgewiesen hat, diesen Anforderungen nicht; es versagt, vornehmlich bei schwächer werdender Zinslockung, seinen Dienst und löst damit Wirtschaftskrisen aus.

Deshalb schlägt er vor, die Lockung durch einen Antrieb zu er-

---

12 Fußnote 2 von Seite 80: Felix Pinne: Deutsche Wirtschaftsführer, S. 220

13 Fußnote 1 von Seite 81: Irving Fisher: Die Illusion des Geldes, S. 2

setzen. Statt das Verleihen des Geldes mit Zins zu belohnen, soll sein Zurückhalten mit einem Verlust bestraft werden. Denn das Geld gehört der Wirtschaft, in der es eine Funktion auszuüben hat, die es nicht ausüben kann, wenn es von seinen Inhabern festgehalten wird. Auch der Hinweis auf die notwendige Sparsamkeit rechtfertigt nicht die Unterbrechung der Geldzirkulation. Man soll nicht das Geld sparen, sondern Geldforderungen (Guthaben). Die ersparten Tauschmittel leitet man durch Sparkassen und Banken wieder in den Wirtschaftskörper, wo sie ihrem Zwecke dienen. Man tut das unter dem Antrieb auch dann, wenn keine Zinsen mehr bezahlt werden. Zu dem Zeitpunkt, da man sein Erspartes selber braucht, weiß man ja, wo es

- 81 -

zu holen ist. Inzwischen hat aber dieses Geld mitgewirkt beim Bau von Häusern, Fabriken, Bahnen, Straßen, Kanälen, Schiffen, Automobilen und unendlich vielen anderen Gütern und Waren. Der Volkswohlstand hat sich gesteigert, das Realkapital hat sich vermehrt und damit den Zins gesenkt. Es kommt also der Zeitpunkt, wo die Lockung zu schwach würde und das Geld gern streiken würde, wenn nicht der drohende Verlust zu weiterem Zirkulieren anspornte. Darin liegt nun das Wesentliche des Gesellschen Geldes, daß es zirkulieren muß, ob die Zinslockung besteht oder nicht. Es kann keine Wirtschaftskrisen mehr geben, wenn die Produktion von Gütern nicht unterbunden wird, und diese Unterbindung ist unmöglich, wenn das Tauschmittel bedingungslos gleichmäßig zirkuliert, sozusagen der Willkür seiner jeweiligen Inhaber entzogen ist.

Die Ankurbelung und dauernde Inganghaltung der Wirtschaft ist, das hat sich eigentlich schon zur Genüge herumgesprochen, ein Problem des Absatzes. Die Absatzbelebung kann aber nur kommen, wenn auch jene Einkommensteile, die nicht sofort verbraucht werden können, also vor allen Dingen die gewaltigen Beträge, die als Kapital- und Grundrente einer (da der Mittelstand verarmt ist) verhältnismäßig dünnen Oberschicht zufließen. auf irgendeine Weise, sagen wir, zur Finanzierung des Wohnungsbaus, wieder in die Wirtschaft kommen. Wird über diese Beträge nicht in dem genannten Sinne verfügt, sei es aus Rücksicht auf die Sicherheit der Anlagen oder wegen zu geringer Verzinsung, dann kann es nicht anders sein als daß Schwierigkeiten entstehen, die das Wirtschaftsleben erschüttern. Nun braucht man sicherlich gerade kein besonders tiefgründiger Denker zu sein, um die Notwendigkeit des Geldumlaufes zu bejahen; auch die Einsicht, daß dieser Geldumlauf noch sehr zu wünschen übrigläßt, solange er nur funktioniert, wenn gewisse Bedingungen erfüllt werden, ist nicht schwer zu erlangen. Warum lehnt man nun aber einen Vorschlag ab, der – wenn er befolgt würde – das Geld zu dem machen würde, was es sein soll, zu einem einwandfrei zirkulierenden und damit voll-

kommenen Tauschmittel ? Weil der Vorschlag neu ist! Und weil die Tragweite der Ideen von den in Parteikämpfen verwickelten Politikern gar nicht übersehen wird. Diese Männer haben sich nie mit dergleichen Fragen beschäftigt. Sie betrachten das herkömmliche Geld als vollkommen, suchen die Ursachen der Wirtschaftskrisen auf Gebieten, wo sie nicht liegen und sind im übrigen dauernd mit Problemen beschäftigt, die sie selbst heraufbeschworen haben. Die Fach-

- 82 -

leute aber sind teilweise an dem Weiterbestehen der gegenwärtigen Zustände interessiert; oder – falls sie Wissenschaftler sind, bäumt sich ihr Gelehrtenstolz auf gegen „Freigeld“ und „Schwund“-Ideen und all die Lehren, die nicht aus den Universitäten stammen und nicht in streng wissenschaftlichem Gewand auftreten.<sup>14</sup> Man kann auch aus Prestige Gründen den Fortschritt hemmen.

Für alle diejenigen aber, die ernsthaft nach einer Lösung suchen, handelt es sich nicht um diese Äußerlichkeiten, um Worte und Benennungen, sondern um den Kern der Sache, und der ist, daß irgendeine Methode gefunden werden muß, das Geld zum Zirkulieren zu zwingen. Wenn irgend jemand eine bessere Methode kennt als Gesell, dann – heraus damit! Diejenige Methode, mit der der Zweck am sichersten erreicht wird, ist logischerweise die vollkommenste. Vorläufig gibt es nun aber noch keinen besseren Vorschlag als den, den Gesell uns macht. Unter seinem „Freigeld“ liegt es im ureigensten Interesse eines jeden Einzelnen, den Geldumlauf in Bewegung zu halten. Allerdings, wenn man der etwas unbequemen Neuerung am Gelde,<sup>15</sup> Krisen, Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend vorzieht, dann wird man sich anders entscheiden. Aber diese Überlegungen kommen ja nicht in Frage. Man lehnt das Freigeld ohne Überlegung ab, weil man es nicht versteht und die ganze Sache für zwecklos hält. Wer es verstanden hat, lehnt es nicht mehr ab. Daß ein geregelter Geldumlauf für die Wirtschaft von lebenswichtiger Bedeutung ist,

---

14 Fußnote 1 von Seite 83: Der von den Kritikern Gesells des öftern angewandten Methode, durch andere als von Gesell gedachte Begriffsbestimmung seiner Worte Widersprüche zu konstruieren, tritt Prof. Dr. H. Sveistrup in seiner Schrift „Die Freiwirtschaftslehre als Wissenschaft, Weisung und Technik“ (Verlag Rudolf Zitzmann) entgegen: „... Gegenüber diesen Leistungen in der Sache ist es vollkommen unerheblich, ob Gesell die zünftige Sprache des Gelehrten oder die bewegtere des Bauern und Kaufmanns gesprochen hat. So unzweifelhaft wichtig eine saubere und strenge Sprache der Wissenschaft ist, so unsinnig wäre es, Sache und Sprache miteinander zu verwechseln. Kindlich handeln die, die glauben, Gesell „widerlegen“ zu können, indem sie ihm „Widersprüche“ nachweisen durch Gegenüberstellung von einzelnen Stellen abweichenden Wortlauts. Wenn irgendwo, so gilt für Gesell, daß sich der Sinn aus dem logischen Gefüge des ganzen Zusammenhangs ergeben muß.“

15 Fußnote 2 von Seite 83: Dem gelegentlichen Einwand, die mit der Neuerung verbundenen Kosten würden ihre Vorzüge wieder aufheben, ist entgegenzuhalten, daß diese Kosten, 200 Millionen Reichsmark pro Jahr (5% von 4 Milliarden Geldumlauf), aus dem jährlichen Volkseinkommen, das nach der Durchführung dieser Reform auf mindestens 80 Milliarden Reichsmark veranschlagt werden darf, bezahlt werden müssen. So ergibt sich die Rechnung, daß der Kostenaufwand der Geldreform den einzelnen mit einem Durchschnitt von 0,25% seines Einkommens belastet.

wird auch von Fachleuten und Politikern anerkannt. ...

- 83 -

...

... Mit der Goldwährung ist nun gewissermaßen wieder der Zankapfel zwischen die europäischen Staaten gefallen. Wir Europäer suchen nun, mit Ausfuhrsteigerungen nach den Nachbarländern das Gold an uns zu reißen und mit Zollschikanen die gleichgerichteten Bestrebungen anderer zu vereiteln. In der Erbitterung des Kampfes sehen wir gar nicht, zu wessen Vorteil das ausschlägt. Deutschland hat unter diesen Verhältnissen am schwersten zu leiden, da die andern ihre Lasten zum Teil auf uns abwälzen. Frankreich weiß sehr gut, warum es sich weigert, einem Nachlaß der Reparationszahlun-

- 141 -

gen zuzustimmen, solange der große Gläubiger Amerika auf der Bezahlung der Kriegsschulden besteht.<sup>16</sup> Gewiß läßt sich die Unerbittlichkeit Frankreichs auch anders betrachten, etwa aus der Quartanerperspektive; dann findet man, daß der „Erbfeind“ eben unseren Untergang will. Aber richtig braucht diese Ansicht nicht zu sein. Wer nicht völlig vom Haß verblindet, einen Fortschritt in der deutsch-französischen Annäherung überhaupt leugnet, wird anerkennen müssen, daß die Verständigung nicht nur einseitig auf ein Entgegenkommen Deutschlands zurückzuführen ist; aber von einem Lande zu verlangen, daß es nach einem gewonnenen Kriege seine Lasten selber trägt, ist eine mehr als naive Zumutung. Wie hätten denn wir gehandelt? Bei uns fiel schon während des Krieges im Reichstag das ominöse Wort von dem Bleigewicht der Kriegslasten, das der Unterliegende durch die Jahrzehnte schleppen müsse. Und Helfferich tröstete sich bei seiner Politik der Kriegsfinanzierung mittels der Notenpresse mit dem Gedanken, daß die Feinde alles bezahlen müssen. Heute handeln die andern nach unserem eigenen Rezept und wir sind es, die das Bleigewicht durch die Jahrzehnte schleppen. —

---

16 Fußnote 1 auf Seite 142: Daß die Bank von Frankreich zur Zeit unter den europäischen Zentralnotenbanken aber den größten Goldschatz verfügt, ist bekannt. Doch kann man aus dieser Tatsache doch nicht einfach ableiten, daß Frankreich moralisch verpflichtet sei, seinen Gläubigern die Schulden nachzulassen. Wer konnte den Franzosen denn dafür garantieren, daß das Versiegen der Reparationszahlungen bei unverändertem Weiterzahlen der französischen Kriegsschulden an Amerika, nicht die bisher günstige Zahlungsbilanz — aus der der Goldzufluß nach Frankreich letzten Endes stammt — verschlechtert?

Im übrigen sollte man, wenn man von der Goldthesaurierung Frankreichs spricht, auch beachten, daß die Goldzuflüsse zu einem sehr wesentlichen Teil aus dem Fremdenverkehr stammen. Diese Einnahmen aus dem Fremdenverkehr sind in der Zahlungsbilanz 1929 mit 8,50 Milliarden Franken eingesetzt, 1930 ebenfalls mit 8,50 Milliarden (Berl. Tagebl., Handelszeitung Nr. 397. 24. Aug. 1931, Abendausg.). Wenn Frankreich außerdem noch seine Auslandsanlagen zurückzieht und damit noch mehr Gold an sich reißt, so ist das zwar für andere Länder verhängnisvoll, aber unter den politischen Verhältnissen unserer Zeit zu verstehen. Die Sicherheit geht den Franzosen auch in dieser Hinsicht über alles. Aber — das wird sich noch zeigen — Frankreich muß unter Beibehaltung der Goldwährung früher oder später ebenfalls Deflationspolitik betreiben, die Wirtschaftskrise auf sich nehmen.

Wollen wir uns nun resigniert in unser Schicksal fügen, oder, ohne Aussicht auf Erfolg, in ohnmächtigem Zorn an den Verträgen rütteln? – Eines wäre so falsch wie das andere! Wir können und werden aus unserer heutigen Lage als Weltschuldner wieder herauskommen; aber wir müssen selbst handeln. Wir müssen daraufhinarbeiten, unsere Wirtschaft in Vollbetrieb zu setzen, den Export auf einem an-

- 142 -

deren als auf dem bis jetzt begangenen schwierigen Weg zu fördern, und die weitere Verschuldung endlich zum Stillstand zu bringen. Wenn wir das erreicht haben, sind wir auch in der Lage, die Reparationen zu bezahlen, die unter diesen Umständen kein „Bleigewicht“ mehr sein werden.

Solche Gedanken zu vertreten, erscheint vielleicht manchem von denjenigen, die ins Blaue hinein hoffen, heute nicht empfehlenswert; aber es muß hier und gerade heute – deutlich gesagt werden: man tut dem deutschen Volke einen schlechten Dienst, wenn man ihm einredet, die Weltwirtschaftskrise und die Hooveraktion seien der Anfang vom Ende der Reparationen. Man kann mit solchen Reden zwar erreichen, daß das deutsche Volk davon abgelenkt wird, seine Rettung in einer Wirtschaftspolitik zu suchen, die ihm die Erfüllung seiner Verpflichtungen möglich macht; aber die Reparationsfrage wird man so nicht aus der Welt schaffen können. Es handelt sich hier um eine ungeheure, die ganze Welt umstrickende Verflechtung von Leistungsansprüchen und Zahlungsverpflichtungen. So erhält z. B. Amerika 2/3 der Reparationsleistungen, die es für die Verzinsung und Tilgung seiner Kriegsanleihen (Liberty Bond Acts) verwendet. Diese Kriegsanleihen, insgesamt 84 Milliarden Reichsmark,<sup>17</sup> sind in den Händen amerikanischer Bürger, und wenn die zur Verzinsung und Tilgung erforderlichen Mittel nicht aus der Quelle der Reparationszahlungen über die verschiedenen europäischen Länder nach Amerika fließen würden, müßten sie in Amerika aus Steuern aufgebracht werden. Daraus darf man mit einiger Logik folgern, daß keine amerikanische Regierung es wagen wird, für die Annulierung der Reparationen einzutreten.

Die Lösung des Reparationsproblems ist also nur auf dem Wege der Erfüllung möglich; und hierbei kommt es nicht darauf an, ob wir so und soviel Millionen mehr oder weniger bezahlen müssen, sondern auf die Erfüllungsformen.

Bekanntlich wurde von seiten unserer Gläubiger darauf verwiesen, daß die geforderten Leistungen die Summe nicht übersteigen, die Deutschland früher für seine Wehrmacht ausgab; mithin sei die For-

---

17 Fußnote 1, Seite 143: Letzte Politik, Nr. 26, Juli 1931

derung tragbar. Ferner wurde auch gesagt, die Aufbringung der Summe sei weniger schwierig als die Übertragung. Beide Behauptungen enthalten einen Teil, aber eben nur einen Teil der Wahrheit. Genau betrachtet, liegt das Drückende der Reparationsverpflichtungen in der Bedingung, in dem Gut zu bezahlen, das unsere

- 143 -

Währungsgrundlage bildet. So sind wir genötigt, wegen unserer Währung und unserem Geldmangel Auslandsanleihen aufzunehmen, die jedoch als Reparationszahlungen wieder abfließen, bis aufs neue wegen Geldmangel weitere Anleihen aufgenommen werden müssen, die wieder abfließen. Das geht schon so seit 1924. Während dieser Zeit hatten wir nie einen solchen Geldumlauf, daß unsere ganze Wirtschaft davon erfaßt und in Schwung gebracht worden wäre. Immer mußte ein Teil unserer Kräfte brachliegen, weil bestimmte Wirtschaftszweige wegen zu geringer Rentabilität von der Geldzirkulation nicht genügend erfaßt werden konnten. Die Zinsbedingungen der ausländischen Gelder gestatten nur eine Verwendung in solchen Wirtschaftszweigen, die eine hohe Rente abwerfen (und solange sie das tun). Man redet gelegentlich auch von unserer „Kapitalarmut“ und von inzwischen erfolgter „Kapitalbildung“, die unter dem Einfluß der Anleihen zustande gekommen sei. Wenn in diesem Fall mit dem Kapital die geschaffenen Sachgüter, Produktionsmittel, Bauwerke, Brücken und Bahnen gemeint sind, muß man sich doch sagen, daß wir das alles, soweit es aus deutschem Material besteht, auch ohne die Hilfe fremden Goldes hätten schaffen können. Darüber sind allerdings die maßgebenden Persönlichkeiten anderer Ansicht. Sie glauben, daß zur Kapitalneubildung ausländisches Kapital unbedingt erforderlich sei. Eines Tages wird dann nach ihrer Meinung die Kapitalneubildung so weit fortgeschritten sein, daß weitere Anleihen nicht mehr nötig sein werden und der Ertrag unseres Kapitals zur Rückzahlung verwendet werden kann.

Es wird übersehen, daß die Kapitalneubildung nur so weit fortschreiten kann, als das Finanzkapital gestattet. Bei einem Zinsfuß von 8% unterbleibt jede weitere Neubildung von Bealkapital, die die Verzinsung desselben unter diesen Satz drücken würde. Es gibt weder in Deutschland noch sonst irgendwo einen Unternehmer, der eine Maschine in Betrieb nehmen würde, die ihren Kaufpreis nur mit 6–7% verzinst, zu einer Zeit, da der Zinsfuß für Leihkapital auf 8% steht. Der betreffende Unternehmer müßte, falls er mit fremdem Geld arbeitet, die fehlenden Prozente aus seiner Tasche zulegen. Es unterbleibt jede weitere Neubildung von Kapital, dessen Ertrag unter der vom Finanzkapital gezogenen Rentabilitätsgrenze liegt. Solange in Deutschland das Angebot von Leihkapital (Geld) so knapp ist, daß 7–15% Zins bezahlt werden müssen, bewegt sich unsere Kapitalneubildung in sehr mäßigen Grenzen. Ohne weiteres

dürfte nun auch verständlich werden, daß die Entwicklung unter den  
- 144 -

gegebenen Bedingungen nicht bis zu dem Punkt fortschreiten kann, wo eine Rückzahlung der Anleihen aus dem Ertrag unseres Kapitals möglich wird. Denn: Sobald das ausländische Kapital die geforderten Zinsen nicht mehr bekommen kann, fließt es auch nicht mehr nach Deutschland. Dann kommt die Entwicklung zum Stillstand, die Kapitalbildung hört auf.

Wir haben in Deutschland wohl eine Goldwährung, aber kein eigenes Gold. Der Gold- und Devisenbestand der Reichsbank ist direkt oder indirekt geborgt und würde kaum ausreichen, auch nur ein Fünftel der Auslandsanleihen zurückzuzahlen. Aber das Ausland will die Reparationen und andere Zahlungen in Gold und Devisen. Sachlieferungen sind nicht erwünscht, unsere Warenausfuhr (die nicht mit direkten Sachlieferungen verwechselt werden darf) ist aber nicht imstande, die nötigen Devisen anzuziehen, weil die Zinsbelastung der deutschen Produktion ein Unterbieten ausländischer Warenpreise auf dem Weltmarkt nicht gestattet. (Konkurrenzfähig sind wir immer nur unter dem Druck einer selbstmörderischen Deflationspolitik.)

Das Ganze kurz zusammengefaßt und mit anderen Worten gesagt: Deutschland kann (angeblich) nicht produzieren, ohne ausländisches Geld-Kapital. Es muß aber produzieren, um seinen eigenen Bedarf zu decken und seine Zahlungsverpflichtungen an die ändern Länder mit den aus der Warenausfuhr erlösten Devisen zu begleichen. Nun borgt uns das Ausland, hauptsächlich Amerika, das benötigte Kapital; jedoch nur unter solchen Bedingungen, die uns praktisch konkurrenzunfähig machen. Unsere Warenausfuhr kann also unter diesen Umständen keinen solchen Umfang annehmen, daß der Erlös ausreichen würde, die Auslandskredite zurückzuzahlen.

Außerdem findet das für unsere Wirtschaft geborgte Geld bei der Bezahlung der Reparationen eine Verwendung, für die es nicht bestimmt war. Für die Zwecke der Reparationszahlungen sollten nur die aus dem Exportüberschuß erlösten Devisen Verwendung finden. Wenn das durchführbar wäre, hätte Deutschland nur soviel Gold und Devisen aufzunehmen brauchen, als zur Deckung seiner Umlaufmittel erforderlich gewesen wäre. Tatsächlich glaubten auch Sachverständige von internationalem Ruf bei der Inkraftsetzung des Dawesplanes, daß der Anleihebedarf Deutschlands ein mäßiger und nur vorübergehender sein werde. So schrieb z. B. H. G. Moulton damals in seiner Schrift „Der neue Reparationsplan“, S. 77: „Deutschland braucht keine äußere Anleihe außer zum Zwecke der Wiederauffüllung seines Geldvorrates.“ Diese Annahme hat

- 145 -



sich leider als irrig erwiesen, denn durch das Loch der Reparationsverpflichtungen flossen die Mittel immer wieder ab, die der Wiederauffüllung unseres Geldvorrates, der Belebung unserer Wirtschaft dienen sollten. So waren wir gezwungen, immer weitere Anleihen aufzunehmen, die denselben Weg wanderten.

Ein anderer amerikanischer Theoretiker, G. P. Auld, erklärte den Exportüberschuß für grundsätzlich unwesentlich. Internationale Schulden würden bei Fälligkeit durch neue Schulden bezahlt<sup>18</sup>  
(Wahrhaftig, sehr einfach).

Ob es in der Absicht unserer Gläubiger liegt, Deutschland dergestalt niederzudrücken, oder ob die aus dem System der Währungsverhältnisse wirkenden Kräfte die für uns so unglückliche Entwicklung ohne Zutun unserer ehemaligen Kriegsgegner bestimmen, ist eine nebensächliche Frage. Jedenfalls kann uns in beiden Fällen das Recht, Widerstand zu leisten, nicht abgestritten werden, doch sollte dies nicht mit dem plumpen Mittel der Kriegsdrohung geschehen. Die rein wirtschaftliche Art des „Angriffs“, wenn wir so sagen wollen, verlangt eine andere Methode der Abwehr, als sie ein Krieg darstellt. Im großen Ganzen sind jedoch die Gründe, die eine absichtliche Unterdrückung unserer Wirtschaft durch andere Nationen beweisen sollen, nicht ganz überzeugend. Der amerikanische Kapitalist, der eine deutsche Anleihe zeichnet, beabsichtigt wohl kaum, uns durch die Bedingungen der Anleihe konkurrenzunfähig zu machen. Er gibt nur sein Kapital dahin, wo die Verzinsung bei möglicher Sicherheit des Kapitals die höchste ist. Geringere Sicherheit muß durch höhere Verzinsung ausgeglichen werden. Daß Deutschland also höhere Zinsen bezahlen muß als andere Länder, liegt zum wesentlichen Teil an der politischen Unsicherheit.

Auf keinen Fall würde sich das Kapital nach Deutschland wenden, wenn wir nur denselben Zins bezahlen würden, den der Geldgeber in seinem Lande auch bekommt. Deshalb sind wir genötigt, unsere Zinssätze dauernd um einige Prozente über den Sätzen anderer Länder zu halten. Der so gegebene Unterschied zwischen deutschen und ausländischen Zinssätzen, der als Risikoprämie betrachtet werden muß, schafft ein Kapitalgefälle, das den Goldstrom nach Deutschland leitet. Wird dieses Kapitalgefälle mit einer Senkung der deutschen oder einer Erhöhung der ausländischen Sätze verändert, dann zeigt der Kapitalstrom Rückwärtsbewegungen, er fließt wieder ab.

- 146 -

...

---

18 Fußnote 1 auf Seite 145: Zitiert aus „Transferprobleme und Transfertheorie“ von Dr. Harald Fick, S. 11.

## Aus dem **Nachtrag**

...

Die Vertreter der Freiwirtschaftsbewegung hatten sich zu früheren Zeiten immer und immer wieder an die maßgebenden Politiker gewandt und in der stillschweigenden Voraussetzung, daß es das Ziel der vom Volk gewählten Machthaber sei, bessere soziale Zustände zu schaffen, die Mittel und Wege dazu dargelegt. Doch so oft sie es auch taten, wurden sie abgewiesen, teils weil andere politische Ziele verfolgt wurden, als die gedachten, teils weil man, wie in der Sozialdemokratischen Partei, einfach nicht gewillt war, etwas anderes als die marxistische Lehrmeinung auch nur in den Bereich der Überlegungen zu ziehen. Somit wurde Gesells Werk verworfen von den einen, weil sie die soziale Befreiung nicht wollten und von den anderen, weil sie alles, was der Doktrin ihrer Partei, dem Marxismus, widersprach, grundsätzlich bekämpften. ...

- 236 -

... Gesells Vorschläge sind die einzigen, die allen Anforderungen entsprechen, die eine Lösung bringen, nach der keine mehr versucht zu werden braucht; denn der ununterbrochene Kreislauf des Geldes, das ist die Nachfrage, das ist Kaufkraft, Absatz, Wirtschaftsbelebung Arbeitsbeschaffung, Kapitalbildung, Zinssenkung, gerechte Einkommensverteilung, Aufstieg zum Wohlstand der Nation und zur Freiheit von den Fesseln des internationalen Finanzkapitals alles in Einem.

Und weil das so ist, darum gehört dem Freigeld die Zukunft, was immer auch die nächsten Jahre bringen mögen.

„Keine große Wahrheit, einmal entdeckt, ist je wieder verlorengegangen, und keine große Entdeckung ist jemals gemacht worden, die nicht am Ende alles mit sich fortgerissen hätte.“

(H. Thomas Buckle, Geschichte der Zivilisation, 1858/61.)

Das Verhalten der Regierungen und Notenbanken von heute unterscheidet sich von jenem im Jahr 1928 dadurch, daß sie das Signal auf Geld- und Kaufkraftvermehrung und nicht auf Sparen und Geldmengenschrumpfung gestellt hat. Das ist allemal besser, als eine Deflation zu riskieren. Darüber hinaus ist die Politik und die Wissenschaft genauso unwillig, den Dingen auf den Grund zu gehen und sachlich richtige Maßnahmen zu treffen, wie in der Zeit, als von Demokraten die Republik zerstört wurde. Wer diese, meine Ausführungen gelesen hat, sollte sich selber weitergehend informieren. Mir geht es ja nicht um Indoktrination, sondern um Aufklärung, dabei können mir auch Fehler unterlaufen sein. Ich gebe über die im Text

benannten Titel noch einige neuere zum Thema an. Die Liste ist weder vollständig, noch in einer Rangfolge angeführt. Auf den Webseiten zum Thema Freiwirtschaft / Natürliche Wirtschaftsordnung / auch unter Humanwirtschaft / Fairconomy / Equilibriismus befinden sich im Regelfall sowohl Bücherlisten wie auch Linklisten und Hinweise auf Zeitschriften. In der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg gibt es das „Archiv für Geld- und Bodenreform“, Kontakt: Werner Onken, Dipl. Ökonom, E-Mail : [onken@sozialoekonomie](mailto:onken@sozialoekonomie).

[http://www.sozialoekonomie.info/Archive/Archiv\\_Geld-\\_und\\_Bodenreform/archiv\\_geld-\\_und\\_bodenreform.html](http://www.sozialoekonomie.info/Archive/Archiv_Geld-_und_Bodenreform/archiv_geld-_und_bodenreform.html)

Als Einstieg in das Thema und als erste Orientierungssuche über das Internet benenne ich die Internetpräsenz [www.nwo.de](http://www.nwo.de) mit einer umfangreichen Linkliste, die Amselm Rapp eingerichtet hat und betreut. Wichtig ist auch das Online-Archiv <http://www.geldreform.de/> ebenfalls mit einer umfangreichen Linkliste, das von Wolfgang Roehrig betreut wird.

Unter den freiwirtschaftlichen oder freiwirtschaftsverwandten Autoren befinden sich alle Berufsgruppen vom Hochschullehrer über Unternehmer und Sozialarbeiter bis zum Facharbeiter. Da ich gerade auf „espero – Forum für libertäre Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung“ schaue, benenne ich Uwe Timm, der lange Zeit freigestellter Betriebsrat in den Körber Werken in Hamburg war. Dieser Hinweis wird dadurch besonders interessant, weil Dr. K. A. Körber der Initiator des „Bergedorfer Gesprächskreises zu Fragen der freien industriellen Gesellschaft“ ist (war?). Siehe dazu die „Bergedorfer Protokolle“. Der Link zu Timm lautet: [http://de.wikipedia.org/wiki/Uwe\\_Timm\\_\(Anarchist\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Uwe_Timm_(Anarchist)) Siehe auch:

*„Anarchie ist Gesetz und Freiheit ohne Gewalt“  
Uwe Timm zum 60. Geburtstag, 1993*

Ich möchte noch zwei Autoren mit ihren Berufen benennen, weil sie nicht mehr unter den Lebenden sind und mir persönlich von besonderer Bedeutung sind.

*Das Hochmittelalter – ein Geschenk des Geldwesens*

von Dr. Hans Weitkamp. Er war Landarzt in Westfalen, schon vor der Nazi-Zeit für die Freiwirtschaft aktiv und für mich Jahrzehnte ein guter Ansprechpartner.

Dann Dr. Dieter Suhr, er war Professor für Öffentliches Recht, Rechtsphilosophie und Rechtsinformatik und nebenher Verfassungsrichter. Er ist bei der Rettung einer Tochter tödlich verunglückt. Nachdem ihm bei einer Zugreise von einem bayerischen Notar eine kurze Einführung in die Freiwirtschaftslehre gegeben wurde, hat er – weil er von seinen ökonomischen Hochschulkollegen keine Antworten auf ihm neue Fragen erhielt – sich in kurzer Zeit diese selbst

erarbeitet. In kurzer Zeit hat er eine Reihe von Titeln zu dem Thema veröffentlicht u.a.:

*Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus*  
*Monetäre Studien zur sozialen, ökonomischen und ökologischen Vernunft*

*Geld ohne Mehrwert*  
*Entlastung der Marktwirtschaft von monetären Transaktionskosten*

*Gleiche Freiheit.*  
*Allgemeine Grundlagen und Reziprozitätsdefizite in der Geldwirtschaft.*

Siehe weiter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Dieter\\_Suhr](http://de.wikipedia.org/wiki/Dieter_Suhr)  
und <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/fragen-der-freiheit/heft206/suhr-leben.htm>

Die nächsten beiden Titel erfolgen noch mit einer Inhalts- oder Aktionsbeschreibung, bei den weiteren werden – weil mir das sonst zu viel wird - nur Titel, Autor, Erscheinungsjahr und Seitenzahl erwähnt.

## **Das Märchen vom guten Zins**

### **Klaus Popp - Signum Verlag 2006**

Nie zuvor gab es so viel Wohlstand zu verteilen. Dennoch verursachen Wirtschaftskrisen zunehmend Angst, Verunsicherung und Not. Die bekannten Lösungsvorschläge sind voller Widersprüche.

Das Buch von Klaus Popp löst den Knoten der Ratlosigkeit auf. Der Autor beschreibt die Dimension der Zinskosten, die bereits jeden dritten Euro verschlingen und unaufhaltsam wachsen. Niedrigere Zinslasten machen Arbeit für alle bezahlbar, so seine überraschende Analyse.

Schon ein Drittel der Zinszahlungen, reichten aus, um vier Millionen Gehälter zu finanzieren. Ein Null-Zins-Niveau würde die Verschuldungssituation der Entwicklungsländer nachhaltig auflösen und unsere öffentlichen Kassen um zweistellige Milliardenbeträge entlasten.

Der Zins macht Reiche reicher und Arme zahlreicher. Er ist die Wachstumspeitsche, die uns nicht zur Ruhe kommen lässt. Wer diesen Mechanismus versteht, gewinnt die Zuversicht, dass wir daran etwas ändern können.

Gesellschaftlicher Wandel braucht eine Vision. Die hier beschriebene Idee der Fairconomy ist in diesem Sinne ein realistisches Gesellschaftsmodell für dieses Jahrhundert.

Mehr unter [www.INWO.de](http://www.INWO.de)

0000000000



# Mythos Marktwirtschaft

Die irrationale Herrschaft des Geldes  
über Arbeit, Mensch und Natur

Autor:

Heiko Kastner, geb. 1966, verheiratet, drei Kinder.

Studium von Politikwissenschaft, Germanistik und Volkswirtschaftslehre  
in Mainz und Hamburg.

Nach Studien-Abschluss zum Diplom-Politologen (1995)

freiberuflich in Köln in der Erwachsenenbildung tätig  
(evang. Melanchthon-Akademie, Volkshochschule).

Seit 2001 in Meppen geschäftsführend im Einzelhandelsbetrieb Uhren,  
Schmuck, Augenoptik.

Langjähriges Engagement in der Lokalen Agenda 21 im Themen-Bereich "Zukunft  
der Arbeit".

<http://heikokastner.homepage.t-online.de/>

Herzlich Willkommen...

... auf den Internet-Seiten meines Buches Mythos Marktwirtschaft!

- Hier finden Sie Einstiegsinformationen und Einblicke sowie die Möglichkeit zur Diskussion rund um die Themen des Buches. Neben dem grundlegend neuen, zugleich längst überfälligen Verständnis unserer modernen Geldwirtschaft soll vor allem der Frage nach den "Alternativen" ein "nachhaltiges Forum" gegeben werden. Ihre Kritik und Ihre Anregungen sind wichtig. Schließlich sollte es unser gemeinsames Anliegen sein, zukunftsfähigen Konzepten von Ökonomie eine größere Öffentlichkeit zu verschaffen...

oooooooo

## Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

Eine Neubewertung der Freiwirtschaftslehre aus wirtschaftsethischer Sicht

von

Roland Wirth

Hrsg. Institut für Wirtschaftsethik der Universität St. Gallen

2003, 193 Seiten

## Über das Geld

Geschichte und Zukunft des Wirtschaftens

Bernd Striegel  
2004, 597 Seiten

**Epuilibrismus**

Neue Konzepte statt Reformen für eine Welt im Gleichgewicht  
Mit einem Geleitwort von Peter Ustinov und einem Vorwort von Daniel Goeudevert

von  
Volker Reystedt und Eric Bihl  
2005, 335 Seiten

**Die Plünderung der Erde**

Anatomie einer Ökonomie der Ausbeutung  
Ein Beitrag zur Ökologischen Ökonomik

von  
Dirk Löhr  
2008, 407 Seiten

**Die 29 Irrtümer rund ums Geld**

von  
Helmut Creutz  
2004, 303 Seiten

**„Vom Gelde“**

Keynes zur Umlaufsicherung des Geldes

von  
Jörg Gude  
2007, 20 Seiten

**Der Nebel um das Geld**

Zinsproblematik \* Währungssystem \* Wirtschaftskrisen  
Ein AufklArungsbuch

von  
Bernd Senf

1969, 254 Seiten

**Weder Kapitalismus noch Kommunismus**

Silvio Gesell und das libertäre Modell der Freiwirtschaft

von Gerhard Senft

1990, 268 Seiten

**Sprung aus dem Teufelskreis**

Sozialethische Wirtschaftstheorie, Band I

von

Johannes Heinrichs

Aktualisierte Neuauflage 2005, 389 Seiten

**Das Problem des Zinsnehmens in der Theologie und Wirtschaft**

Geschichte, Gegenwart und mögliche Zukunft

eines alten Konstruktionsfehlers im Geld- und Währungssystem

von

Arno Schelle

2001, 132 Seiten

**Mama Moneta**

oder die Frauenfolge

von

Wera Wendnagel

1290, 201 Seiten

**Neues Geld - Neue Welt**

Die drohende Wirtschaftskrise - Ursachen und Auswege

von

Tobias Plettenbacher

2008, 149 Seiten

**Geld und Zins als monetäre Ursachen des Wirtschaftswachstums**

von

Thomas Lang

1998, 88 Seiten

### **Kreisläufe und Kreislaufstörungen der Erde**

von

Eckhaard Grimm

1993, 188 Seiten

### **Regionalwährungen**

Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand

von

Margrit Kennedy und Bernard A. Lietaer

2004, 301 Seiten

### **Freiheit und Gerechtigkeit**

Enzyklopädie des Liberalsozialismus

von

Günter Bartsch

2006, 254 Seiten

### **Silvio Gsell „Marx“ der Anarchisten?**

Texte zur Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus  
und der Kinder und Mütter vom patriarchalischen Bodenunrecht

Hrsg.

Klaus Schmitt

### **Wer hat Angst vor Silvio Gesell**

Das Ende der Zinswirtschaft bringt Arbeit, Wohlstand und Frieden für alle

von

Hermann Benjes

1996, 128 Seiten + umfangreiches Verzeichnis freiw. Literatur

(Er war Gärtner, sein größter Erfolg: die Benjes-Hecke. Ich war auf seiner Beerdigung.)



## **Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung**

100 Jahre Kampf für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

von Hans-Joachim Werner

1990, 150 Seiten

## **Modellversuche**

mit sozialpflichtigem Boden und Geld

von

Werner Onken

1997, 67 Seiten

## **Vergessener Faktor Boden**

Marktgerechte Bodenbewertung und Raumordnung

von

Martin Pfannschmidt

mit einem Vorwort von Gustav Bohnsack

1990, 211 Seiten + Dokumentation

## **Adolf Damaschke und Henry Gorge**

**Ansätze zu eine Theorie und Politik der Bodenreform**

von Klaus Hugler, Hans Diefenbacher

unter Mitarbeit von Judith Baumgartner und alsan Nothnagle

Geleitwort von Julia Butterfly Hill

## **Strukturen des Aufbruchs**

Von der Konkurrenzgesellschaft zur

Solidargemeinschaft

Hrsg.

Vladimir Svitak

Wie schon gesagt, die Aufzählung ist keine Rangfolge und lückenhaft. Ich habe aufgeführt, was mir so vor die Augen kam. Die Anzahl der Bücher ist nur ein Bruchteil der gesamten freiwirtschaftlichen Literatur. Um so verwunderlicher ist, daß die staatlich finanzierte oder von

der Wirtschaft gesponserte Gesellschaftswissenschaften diese so wenig oder so zögerlich zur Kenntnis genommen hat. Natürlich gibt es auch nichtfreiwirtschaftliche Literatur, die die Ökonomie kritisiert. Sie ist sogar so umfangreich, daß die Zahl der Veröffentlichungen, die der Freiwirtschaft zugeschrieben werden können, als gering erscheint. Die allgemeine Kritik der Ökonomie ist aber oft unscharf, weil sie die Marktwirtschaft und den Kapitalismus als eine Einheit betrachtet. Die Folge ist, daß der Marktwirtschaft Freiheiten genommen werden sollen, weil sie für Dinge haftbar gemacht wird, die vom Kapitalismus verursacht werden. Als ich mir die benannten Bücher zurechtlegte, um die Titel abzuschreiben, kamen mir auch zwei Titel in die Hände, die für meine Aussage als Beispiel dienen können. Die Bücher sind sympathisch von klugen Autoren geschrieben. Das eine Buch trägt den Titel

**Das Ende der Armut – Ein ökonomisches Programm für eine gerechtere Welt**

von Jeffrey D. Sachs, 2007, 477 Seiten. (Ich habe es vor einem Jahr von meinem Sohn Ruben zum Geburtstag erhalten.) Das andere trägt den Titel:

**Das Gesellschaftswunder – Wie wir Gewinner des Wandels werden“**

von Harald Klimenta mit einem Vorwort von Wolfgang Kessler, Chefredakteur von „Publik-Forum“, 2006, 320 Seiten. (Ich habe es mir von den 41. Mündener Gesprächen, eine Veranstaltung der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft – [www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de](http://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de) – vom 22./23. 9. 2007, mitgebracht, wo der Autor als Referent fungierte.)

Wieviel einfacher und effektiver würde die Argumentation dieser Autoren, wenn ihnen die freiwirtschaftliche Kapitalismusanalyse zur Verfügung stünde. Letztendlich entscheidet eine saubere und richtige Analyse und die daraus abgeleitete politische Handlungsmaxime darüber, ob Deutschland und die Welt die ökonomischen Probleme auflösen und somit den Weg in die Freiheit statt in die Knechtschaft, in den Weltfrieden oder in den Weltkrieg gehen kann. Ein gesunder, breiter Mittelstand gäbe es bei der Lösung unserer ökonomischen Probleme ohne Lobby als Zugabe und ohne diese Lösung bleibt er trotz Lobbyarbeit ein Kümmerling. Die notwendige Forschungs- und Aufklärungsarbeit erledigt sich aber nicht von alleine. Der Mittelstand – wie immer man ihn definieren mag – muß sich schon selbst um sein Los bemühen und darf nicht erwarten, daß andere für ihn die Kastanien aus dem Feuer holen.

Über Generationen hinaus wurde das Modell *Natürliche Wirtschaftsordnung* immer wieder

von vielen kritisch denkenden Menschen auf seine Stimmigkeit überprüft und im Kern als zutreffend befunden. Trotzdem ist es natürlich möglich, daß den Prüfenden und Suchenden Fehler unterlaufen sind. Also muß – solange es keine besseren Erklärungsmodelle gibt – weiter geprüft werden. Prüfen heißt aber für alle an der Ökonomiediskussion Beteiligten aber nicht, daß sie ihre Kraft in ideologischen Grabenkämpfen vergeuden sollen.

ooooo

Nachtrag: Zwischenzeitlich erhielt ich per Post und E-Mail zwei Links, die ich hier noch anführen möchte. Der erste Link führt zu Berichten der Aachener Zeitung über das Wirken von Helmut Creutz:

Die Krise bestätigt den Finanztheoretiker Helmut Creutz. Er warnt seit Jahren vor den selbstzerstörerischen Kräften in unserem Wirtschaftsgefüge.

[http://www.helmut-creutz.de/pdf/aachener\\_zeitung\\_spezial\\_geldreform.pdf](http://www.helmut-creutz.de/pdf/aachener_zeitung_spezial_geldreform.pdf)

Der zweite Link führt zur Homepage des Professors für Volkswirtschaftslehre, Bernd Senf, und dort zu einem Bericht darüber, wie er für sich die Freiwirtschaftsschule entdeckt hat und welche Bedeutung er dieser Schule beimißt.

<http://www.berndsenf.de/pdf/Senf%20Bernd,%20Interview%20Internetversion.pdf>

Ende Text 68.0